

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Bezugnahme für Deutschland, Frankreich, Schweiz, Österreich, Ungarn, Dänemark 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Zeit“ mit „Erdung und Reizgarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kedaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2306-2307

Dienstag, den 3. Februar 1925

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diktions-Gesellschaft, Teplitzstraße Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Sonntagsbeilage 70 Pfennig, Restbeilage 4.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 10 Pfennig (außer bei zwei fertige Worte), jedes weitere Wort 10 Pfennig. Stellungsbeilage das erste Wort 5 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnementen 30 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Öffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Vertuschungsmanöver der Regierung.

Der Schwerindustrie 700 Millionen, dem Volk die Lasten! - Zweierlei Maß. Um das Budgetrecht des Reichstags.

Die Haltung der Regierung bei der Erörterung des 700-Millionen-Standals im Haushaltsauschuss des Reichstags war höchlich, wie ihr der demokratische Abgeordnete Dietrich entgegensteht. Erst mit Mühe und Not konnte sie dazu gebracht werden, dem Ausschuss die genauen Zahlen mitzuteilen. Der Öffentlichkeit hat sich eine große Erregung bemächtigt. Die „Frankfurter Zeitung“, die dafür bekannt ist, daß sie ihre Worte wohl abwägt, spricht von Mißtrauen und Empörung gegen die Regierung, von unerhörter Verletzung des Budgetrechts des Reichstags.

Die Presse der Interessenten - die Organe der Stinnes und Hugenbergs, selbst Ruhnießer dieser 700-Millionen-Entscheidung, wie sie Ruhnießer der Inflation waren - sucht mit allen Zeichen der Verlegenheit und des Schuld- bewußtseins zu vertuschen und zu verschleiern, soviel als möglich. Die Regierung hat eine Denkschrift angekündigt. Aber mehr. Sie wagte es gestern mittag, die folgende offizielle Beschönigungsnotiz in die Presse zu geben:

„Wie wir erfahren, wird die im Haushaltsauschuss des Reichstages seitens der Reichsregierung in Aussicht gestellte Denkschrift zu der Frage der Ersatzleistung für die unter dem Micum-System von der Industrie ausgeführten Reparationsleistungen dem Ausschuss in wenigen Tagen zugehen. Gegenüber den schiefen und von völlig falschen Voraussetzungen (1) ausgehenden Darstellungen eines Teiles der Presse wird jedoch bereits jetzt in allgemeiner Hinsicht von zuständigen Stellen folgendes mitgeteilt:

Der im Herbst 1923 gefasste Entschluß der Reichsregierung, die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet durch die Zustimmung zum Abschluß der Micum-Verträge zu ermöglichen, war der Ausdruck des politischen Willens, den Weg der sogenannten Versöhnungspolitik gegenüber den besetzten Gebieten unter keinen Umständen zu beschreiten.“

Viele Kritiker scheinen heute keine Vorstellung mehr davon zu haben, wie es im Herbst 1923, nach Beendigung des passiven Widerstandes, in dem besetzten Gebiet ausgesehen hat, soweit die Besatzungsmächte die Wiederaufnahme der Arbeit tatsächlich verhinderten. Die notwendige Voraussetzung für den Abschluß der Micum-Verträge war die Zustimmung der Reichsregierung, nach erfolgter Ordnung der Reichsfinanzen für die unter dem Micum-System von der Industrie geleisteten Vorschüsse auf Reparationsleistungen des Reichs Ersatz zu leisten. Nur so konnte allmählich Abhilfe geschaffen und äußerster Not von der Bevölkerung abgewendet werden.

Die lapidare Einlösung dieser damals übernommenen Verpflichtung deutet sich mit der bei Reichsregierung und Volksgemeinschaft in gleicher Weise herrschenden Ueberzeugung, daß die besetzten Gebiete nicht zur Reparationsproving für das Reich werden dürfen. Ueber alles einzelne, insbesondere über die Höhe der Zahlungen, wird die Denkschrift eingehend Auskunft geben.“

Das ist die schlechte Ausrede eines schuld- und schuldlosen Angeklagten! Wo sind die Tatsachen in dieser Verhöhnungsnotiz? Wo ein Wort über die unerhörte Verletzung des Budgetrechts des Reichstags? Diese Notiz ist nichts anderes als der Versuch, den ungeheuren Skandal zu vertuschen. Hand in Hand mit der Presse der schwerindustriellen Interessenten arbeitet die Regierung an der Irreführung der Öffentlichkeit.

Die empörenden Tatsachen schafft keine Vertuschung aus der Welt. Die Schwerindustrie hat sich bereichert an der Inflation. Sie hat aus dem passiven Widerstand ein Geschäft gemacht. Sie hat selbst unter der Herrschaft der Micum-Verträge verstanden, die Lasten dieser Verträge zu einem großen Teile laufend abzumähen. Sie hat die Löhne der Arbeiter gedrückt. Sie hat in Gestalt eines künstlich gehaltenen Ueberpreises für Kohle eine Entschädigungsprämie erhalten. Sie hat tatsächlich in der Zeit der Micum-Verträge keine Steuern gezahlt.

Sie hat - ohne Kenntnis und Zustimmung des Reichstags - eine Entschädigung von 700 Millionen Reichsmark erhalten. Ohne Kontrolle, ohne daß ein Parlamentarismus über die Grundsätze der Entschädigung vorlag, Unmühsal wird behauptet, daß ein Konzern allein 150 Millionen Reichsmark erhalten habe - etwa den vierten Teil der ganzen Entschädigungssumme. Von allen Seiten her hat die Schwerindustrie des Ruhrgebietes Tribut eingezogen auf Kosten der Allgemeinheit. Wer kontrolliert, ob die Gesamtheit aller Entschädigungen, die sie erhalten hat, nicht bei weitem wirkliche Schäden

übersteigt? Wer kontrolliert, wieviel gerade zur Zeit des Ruhrkampfes diese Wirtschaftsgruppe auf Kosten des Reiches verdient hat? Wer entschädigt das ganze deutsche Volk für die Schäden der Inflation, für die Leiden des Ruhrkampfes?

Das soll vertuscht werden. 700 Millionen Reichsmark hat die Ruhrindustrie erhalten, die ganz Großen, die Konzerne, die Kleinen haben nichts erhalten. Die Arbeiter haben in Gestalt gedrückter Löhne noch zuzahlen müssen. 700 Millionen Reichsmark - das ist fast genau der Betrag, den das Reich durch die ausländische Anleihe erhalten hat.

Diese 700 Millionen Reichsmark sind ausgegeben worden ohne die Zustimmung des Reichstags, ohne daß die Regierung eine rechtliche Grundlage dafür hatte. Auf Herrn Stresemann, der diese Aktion eingeleitet hat, wie auf Herrn Luther, der diese Riesensumme ausgegeben hat unter Umgehung des Parlaments, ruht die Verantwortung. Sie haben erklären lassen, die Regierung werde um die Gewährung von Indemnität für die Ausgabe der 700 Millionen Reichsmark bitten. Es handelt sich nicht nur um die Gewährung von Indemnität für die Ausgabe der 700 Millionen Reichsmark, sondern um die Vertuschung der Ausgabe im einzelnen nachgeprüft werden muß. Es handelt sich darum, daß dem Parlament ein Rechnungswerk vorgelegt werden muß, das bis in die Zeit des passiven Widerstandes zurückgreift. Es handelt sich darum, daß die Ansprüche eines jeden der Großherren von Entschädigungen genau geprüft werden müssen an der Hand von Grundsätzen, die das Parlament aufstellt. Es handelt sich darum, daß hineingeleuchtet wird in die finanziellen Beziehungen, die zwischen dem Reich und gerade dieser Wirtschaftsgruppe auf Kosten des Reiches unter Umgehung des Parlaments entstanden sind.

Es handelt sich aber auch darum, daß der Reichstag sein Budgetrecht wahr. Das Budgetrecht ist das höchste Recht des Parlaments im demokratisch-parlamentarischen Staate. Es selbst in kleinen Dingen zu mahnen gegenüber einer Regierung, die es nicht streng beachtet, ist die Pflicht eines jeden Parlamentariers. Hier handelt es sich um eine unerhörte Verletzung des Budgetrechts des Reichstags. Ein Diktatorium von der Art, wie es die Diktatoren im Herbst 1923 ersehnten, hätte das Budgetrecht des Parlaments nicht trasser verletzen, hätte nicht einseitiger die schwerindustrielle Wirtschaftsgruppe im Westen auf Kosten des ganzen Volkes begünstigen können! Die Herren der Regierung, die diese Verletzung des Budgetrechts zu verantworten haben, vor allem Herr Luther, der Reichsminister des Reichsbudgets, sind dem Parlament nicht nur Luftführung bis ins kleinste, sie sind ihm Verantwortung schuldig, und jede wahrhaft demokratisch-republikanische Partei muß sie zur Verantwortung ziehen.

Mit einer inhaltlosen und überheblichen Beruhigungsnotiz und einer Denkschrift kommt dieser Skandal nicht aus der Welt!

Der Kern des Skandals.

Worauf die Regierung zu antworten hat.

Aus bergbaulichen Beamtentreisen wird uns geschrieben:

Bei einer sachlichen Beurteilung der vom Reichsfinanzministerium an die Industriellen Westdeutschlands getätigten Zahlungen - es handelt sich nicht nur um Zahlungen an die Ruhrindustrie - sind zwei Perioden zu unterscheiden: die des passiven Widerstandes und die der Micum-Verträge. Während des passiven Widerstandes hat das Reich die unproduktiven Löhne und Gehälter erlegt. Da ist zu fragen:

Wie wurden die unproduktiven Lohn- und Gehaltsbeträge festgesetzt? Hat man sich da einzig und allein auf die Angaben der Industrie verlassen oder hat eine Nachprüfung der einseitig gestellten Forderungen, die gewiß nicht immer bescheiden gewesen sein werden, stattgefunden?

Waren die Löhne der Arbeiter, die bei Erneuerungs- und Erweiterungsbauten und bei Neuausschlüssen in den Gruben beschäftigt wurden, als im Laufe des passiven Widerstandes die Produktion immer mehr und mehr eingebremst wurde, auch unproduktiv?

Waren sie unproduktiv, wenn auch eine bedeutende Werterhöhung der Unternehmungen zu erkennen war?

Ist die in solchen Fällen erzielte Werterhöhung der Unternehmungen bei der endgültigen Berechnung in Anrechnung gebracht worden? Oder hat überhaupt schon eine endgültige Berechnung über die Ausgaben des Reiches für die unproduktiven Löhne stattgefunden?

Der Bergbau hat dann außerdem noch besondere Entschädigungen für Materialaufwand erhalten. Wie sind diese Beträge errechnet worden? War der Verbrauch an Material (Holz, Eisen, Mauersteine, Zement usw.) auch nutzlos, wenn er für Neuausschlüsse im Bergbau gebraucht wurde?

Welche Aussichten eröffneten sich? Die Löhne der Arbeiter, die bei Neuausschlüssen beschäftigt wurden, wurden erlegt, weil sie „unproduktiv“ waren, und auch das hierbei verbrauchte Material wurde zum Teil oder aber auch ganz vergütet. Die Bergwerksbesitzer haben also auf diese Art ihren Grubenbetrieb auf Kosten der Allgemeinheit erweitert. Ist diese Tatsache bei der endgültigen Berechnung der Beihilfen zum passiven Widerstand beachtet worden?

Hat überhaupt schon eine endgültige Abrechnung stattgefunden?

Wie hoch sind die Beträge, die das Reichsfinanzministerium zur Stützung des passiven Widerstandes, nach dem Kurs des Auszahlungstages, verausgabt hat?

Rund die Periode der Micum-Verträge. Als diese Verträge abgeschlossen waren und die Lieferungen mengenmäßig feststanden, haben die Bergbauunternehmer den Lohn gekürzt mit dem Hinweis auf die Micum-Lasten. Am 1. Dezember 1923 stand der tarifmäßige Durchschnittslohn auf 5,25 M. für die Siebenstundenschicht. Ab 1. Januar 1924 wurde er auf 4,20 M. ermäßigt. Er betrug im März gar nur 4,06 M. Erst im April wurden Lohnaufbesserungen zugestanden. Die Arbeiter haben also in der Form von Lohnkürzungen einen Teil der Micum-Lasten getragen. Ist diese Tatsache bei der Berechnung durch das Finanzministerium mit dem Ruhrbergbau beachtet worden?

Herr Stresemann hat als Reichskanzler Mitte November 1923 den Unternehmern brieflich mitgeteilt, daß ihnen zunächst als Ersatz für die Micum-Lieferungen die Steuern erlassen würden. In dieser Zeit bestand die große Koalition nicht mehr, wie immer wieder behauptet wird. Die sozialistischen Minister waren mindestens 10 Tage vor dem Abgang dieses Briefes ausgeschieden. Es bestand nur das Kumpfkabinett Stresemann. Während der großen Koalition hat Herr Stresemann an Herrn Stinnes geschrieben:

„Die Reichsregierung kann Ihnen und Ihren Freunden gegenüber weder eine Garantie für die Zahlung der Reparationskosten, noch für einen Ersatz der beschlagnahmten Kohle, noch einen Ersatz für die Kohlensteuerbeträge übernehmen.“

Dieser Brief ist Mitte Oktober 1923 abgegangen. Als dann die große Koalition gesprengt war, schrieb Herr Stresemann an die Ruhrindustriellen den Steuerablassbrief. Sind nun die erlassenen Steuern in Anrechnung gekommen? Oder stehen diese Beträge noch etwa außerhalb der zur Auszahlung gekommenen 715 Millionen Reichsmark?

Ist ferner die Tatsache, daß der Ruhrkohlenpreis mit Rücksicht auf die Micum-Lasten besonders hoch gehalten wurde, um den Bergwerken die Lasten zu erleichtern, wodurch aber die Ruhrkohlenverbraucher auch einen Teil der Micumlasten getragen haben, beachtet worden?

An diesen Fragen kann die Reichsregierung bei der Ausarbeitung ihrer Denkschrift nicht vorbeigehen. Sie erfordert eine klipp und klare Beantwortung.

Zweierlei Maß.

700 Millionen an die Industrie - aber Rückforderungen an die Gemeinden!

Die Vertuschungsnotiz der Regierung versucht eine Verteidigung der Zuteilung von 700 Millionen an die Schwerindustrie ohne Parlamentarismus und Kontrolle mit dem Grundsatze, daß diese Millionen ausbezahlt werden mußten, weil die besetzten Gebiete nicht zur Reparationsproving für das Reich werden sollten. Der Rechtsblock hat diesen Grundsatze nicht beachtet, solange er die reichen Großherren betraf. Bis heute haben die Arbeiter und Angehörigen überhaupt nichts erhalten, die weniger gut

bermittelten Firmeneigentümer des besetzten Gebiets sind ebenfalls fast kaum entschädigt, und darüber hinaus geht die Bürgerkriegsregierung jetzt dazu über, von einzelnen Gemeinden noch Rückzahlungen aus der Zeit des passiven Widerstandes zu fordern. Wo bleibt da der zur Begründung des 700-Millionen-Standals angeführte Grundfah?

Den Gemeinden ist es damals viel schlechter ergangen als den Industrieherrn, die es bisher immer noch verstanden haben, große Lasten auf andere abzumäßen. Rund 60 Proq. der Gesamtbevölkerung des besetzten Gebiets waren der öffentlichen Fürsorge überwiesen. In langen Promenaden warteten diese Volksschichten vor den Umkleehäusern, bis von ihren Gemeinden die neuen Bekleidungsgegenstände kamen. Ihr Ausdruck richtete sich nach den in täglichen Rundtelegrammen des Reichsarbeitsministeriums mitgeteilten Zahlen. Wenn das Ministerium z. B. telegraphierte: Der Erwerblose erhält für die halbe Woche 125 000 000 000 Mark, dann wurden eben Papiere mit einem solchen Ausdruck verteilt. Nun kam es aber sehr oft vor, daß man für diesen Betrag zur Zeit seiner Auszahlung an die Erwerblosen vielleicht gerade ein Brot kaufen konnte. Die Hungernden aber machten ihren Anspruch an das Leben geltend, demonstrierten und versuchten zeitweilig sogar zu plündern. Es war die Pflicht der Städte, diesen Zustand möglichst einzudämmen, und infolgedessen mußten sie für Nahrung sorgen. Sie stießen eben drucken und gaben ferner, was sie glaubten, vor dem Volk verantworten zu können. Jede Stadt des besetzten Gebiets hatte damals z. B. öffentliche Speiseanstalten. Was aber geschieht jetzt?

Selt vielen Wochen sind zahllose Revisoren des Reiches in den Stadtverwaltungen des besetzten Gebiets tätig und rechnen auf Reichsmark von heute um, was damals an gedrucktem Papier mehr produziert wurde, als die bewußten Rundtelegramme aus Berlin für richtig hielten. Mit erstaunlicher Großzügigkeit geben die Herren Revisoren vor. Von Düsseldorf verlangt das Reich eine Rückzahlung von 1 800 000 Goldmark für sogenannte Ueberzahlungen aus der Hungerperiode; Wetzmann soll 180 000 M., Solingen 80 000 M., Remscheid 100 000 M. und Ohligs 80 000 M. zahlen. Das sind nur einige Beispiele, die wir anführen, um die Grundtatsache der Bürgerkriegsregierung zu charakterisieren. In Wirklichkeit grenzt die Zahl der Städte, die zu Rückzahlungen verurteilt ist, fast an die Hunderte.

Die Auszahlung von über 700 Millionen Goldmark an die Ruhrindustrie erweist sich also immer mehr als ein Standal, der feinesgleichen sucht. Die Industrie erhält Hunderte von Millionen ohne Nachweis der Bedürftigkeit, ohne jede Kontrolle — die Gemeinden des besetzten Gebiets aber, die während des passiven Widerstandes fast ihr Bestes hingegeben und die heute mit der Wohlfahrtspflege bis aufs äußerste belastet sind, werden in „großzügiger Form“ kontrolliert und zur Zahlung von Summen gezwungen, die sie tatsächlich nie erhalten und nur im Interesse des gesamten deutschen Volkes ausgegeben haben. Hunderte von Revisoren sind zu diesem Zweck tätig — während für die Industrie das Geld gewissermaßen zum Fenster hinausgeworfen wird. Die Gemeinden sollen nachträglich für die Inflation büßen — die Industrie aber erhält neben ihren Inflationsgewinnen von der Regierung des Bürgerkriegs noch einen besonderen Lohn auf Kosten der deutschen Arbeitnehmerschaft. Hat die Weltgeschichte einen größeren Standal je gesehen?

Die Kritik der Presse.

Mißtrauen und Empörung.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: „Die Erregung über die ohne Bewilligung des Reichstags, ohne Kenntnis der Öffentlichkeit, ohne eine haltbare gesetzliche Unterlage und vor allem ohne eine irgendwie gerechte Abwägung der hier so prompt und spendide erledigten Entschädigungsansprüche im Verhältnis zu anderen Rechtsansprüchen an das Reich aus Kriegs- und Nachkriegszeit dauert in weiten Kreisen an, auch nachdem der Reichstagsausschuß die Verhandlungen zunächst unterbrochen hat. Und in der Tat ist gerade das Verhalten der Vertreter des Reichsfinanzministeriums vor dem Ausschuss derart gewesen, daß es dem Mißtrauen, der

Empörung nur noch Nahrung gab, statt Beruhigung zu schaffen. Daß das Budgetrecht des Reichstags in unerhöhter Weise verlegt worden ist, daß die Regierung nicht nur Aufklärung schuldet, sondern auch nachträglich Indemnität nachsuchen muß, ist nach mehrjährigen Verhandlungen endlich zugegeben worden.“

„Der mit soviel Geheimnis umkleidete Vorgang erhält aber seine volle Beleuchtung erst dann, wenn man ihn mit dem so ganz anders gestalteten Schicksal der großen Schlachten in Vergleich stellt, die mehrheitlich ebenfalls wohl begründete Ansprüche an die Gesamtheit zu stellen hatten und deren jämmerliche Lage so furchtbar mit dem tonitronischen, was die Mächtigen der Großindustrie für sich durchzusetzen verstanden. Wir haben auf diesen furchtbaren Unterschied schon hingewiesen, und immer wieder kommen uns aus dem Publikum Stimmen, die es wiederholen, Klagen über die furchtbare Schädigung der Auslandsdeutschen, der Verdrängten, der Anleihebesitzer, vor allem der Opfer des Krieges selbst und der Hinterbliebenen der Gefallenen.“

Herr Dr. Luther, der als Finanzminister ohne Rücksicht auf gesellschaftliche Schranken gegenüber der Großindustrie das durchgeführte hat, was sein Kollege Dr. Stresemann in Briefen an die Großindustrie zugunsten sich für befugt hielt, steht nun an der Spitze der Reichsregierung. Insofern ist also auch die Kontinuität der Verantwortung gewahrt. Um ihre Last, die tatsächliche und die moralische, ist er nicht zu beneiden.“

Die Schwerindustrie regiert.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt:

„Es ergibt sich mithin das folgende, für die deutschen politischen Verhältnisse höchst interessante Bild: die Schwerindustrie verhindert jahrelang in Deutschland die Regelung der deutschen Währung. Sie verdient an der Inflation und zahlt keine Steuern. (Denn selbst die Kohlensteuer hat sie sich ja stunden lassen.) Sie tritt begeistert für den Ruhrkampf ein und verdient noch einmal an der Inflation. Dem deutschen Volk müssen schließlich bei der Finanzregelung harte und ungerechte Steuern in Gold auferlegt werden. Die deutsche Schwerindustrie benützt einen Teil des in der Inflation verdienten Geldes, um Presseorgane aufzukaufen und Nachrichtenorganisationen zu gründen, die das deutsche Volk darüber belehren, daß die Linksparteien die Unordnung der deutschen Wirtschaft verschuldet und das Volk mit ungerechten Steuern belegen haben. Sie führt mit diesen Presseorganisationen einen Wahlkampf, der zwar nicht zum vollen Erfolg, aber doch zur vollen Vereinnahmung des deutschen Volkes führt. Und dann lassen dieselben Schwerindustriellen, die die Steuerzahler durch die von ihnen beeinflusste Presse aufgepuscht und vor ihren Parteiwagen gespannt haben, sich aus den für alle Steuerzahler ungerechten Steuern die Beiträge für die Ricum-Schäden bezahlen, bevor die anderen Geschädigten Geld erhalten, und bevor das deutsche Volk durch seinen Reichstag darüber befinden kann, in welcher Weise denn die Schwerindustrie nun auch etwas zu den Lasten beitragen muß, die aus diesen Dingen entstehen.“

Der Eindruck im Ausland.

Paris, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der von der sozialdemokratischen Partei aufgedeckte Standal der hinter dem Rücken des Reichstags an die Schwerindustrie gezahlten Entschädigungen hat hier das größte Aufsehen erregt. Die Blätter sprechen von einer Korruptionssäure, die an Kosmos und der darin von den verantwortlichen Stellen behandelten Strupellosigkeit selbst die Panamaaffäre in den Schatten stelle. In den politischen Kreisen erregt man sich vor allem darüber, daß die deutsche Regierung die 800 Millionen, die sie durch die Dawes-Anleihe vom Ausland erhalten habe, zu sieben Achten zu ungesetzlichen Subventionen an die Schwerindustrie verwendet hat. Die nationalistischen Blätter ziehen daraus das Argument, daß Deutschland auch bei dieser Gelegenheit wieder einmal die Milliarden gründlich eingeseift habe. Es habe die Geldgeber der ganzen Welt mobilisiert lediglich zu dem Zweck, um den Industriemagnaten an der Ruhr ein Geschenk von 700 Millionen Goldmark zu machen.

Haarbreite von ihrer Dogmatik und Demagogie abweichen und muß selbst den leisesten Verdacht einer eigenen Meinung peinlichst vermeiden. Euer Ziel kann höchstens dann gut sein, wenn ihr es ganz verfolgt und jede Halbheit bekämpft. Ihr aber seht euch aus zwei Halbheiten zusammen, die niemals ein Ganzes werden können, sondern sich gegenseitig aufheben. Eure Straße ist eine Sackgasse, die ins Dunkel führt, und ihr müßt schon einen anderen Weg einschlagen, wenn ihr von weiteren Kreisen ernst genommen werden wollt.

Hubert Bastari.

Rote Nacht.

Auf den Eintrittskarten zum Tragikomischen Abend, den Blaudine Ebinger und Friedrich Hollaender am Sonnabend im Reichsteaterraum gaben, hat man vor Hollaenders uns ohnehin wertlosen Namen einen verächtlich mitgedruckten Dokortitel wieder durchgestrichen. Macht nichts, von uns bekommt der trotzhin stets stehende Hollaender für seine geschmacklosen Kompositionen einen jeden Lobhüßler, und nicht weniger daß bestrichelt — Blaudine Ebinger, die sie uns vermittelte. An sich gehört so etwas natürlich ins, leider nur am Kurfürstendam, blühende gute Kabarett, der vergrößerte Saal ermöglichte die Bekanntheit dafür einem größeren Publikum. Die „Lieder eines armen Mädchens“, die vielen wohl noch neu waren, verdienen in der Tat größte Popularität zu begrüßen ist es, daß sie demnächst im Gena-Gottschalk-Verlag, von Käthe Kollwitz illustriert, erscheinen werden. Diese Dichtungen sind so wertvoll, weil sie von jener immer noch seltenen Ehrlichkeit sind, die zugleich, daß das schlechthin Trostlose und das schleichlich Bitterliche im menschlichen Leben verhältnismäßig selten ist: das Mägdlein ist das Tragikomische. Heine, Medea und Lautensack, Ringelnatz, Mehring und Brecht, um nur ein paar Namen zu nennen, man mag den „Tragikomikern“ der deutschen Literatur vieles zum Vorwurf machen, ihre Unbeherrschtheit, ihre Unersorgtheit, womöglich auch ihre Kulturlosigkeit, vorausgesetzt daß man „landläufig“ fühlt und denkt, zugeben muß bei aller seiner Kritik auch der größte Philister, daß jene zu den Wenigen gehören, die darauf verzichten, Blutreligion und Herzhaftigkeit zu geistlichen Experimenten irgendwelcher Tendenz zu mißbrauchen. Auch Blaudine Ebinger und Friedrich Hollaender sind erschreckend unkompliziert; Worte und Musik der „Lieder eines armen Mädchens“ spielen das Licht und das Rächliche, das Frohe und das Trübe, das Milde und das Herbe unseres ganzen Erdenswandels wider, ohne im geringsten sentimental zu sein, machen sie lachen und weinen zugleich. Hungerkünstlerin, Volkensöhndchen und Rurrendemaid, wir lachen euch nicht aus, denn euer verzerrtes Schicksal ist irgendwie doch unser aller Schicksal — wenn ich mal dot bin“, finden wir uns doch...
Nacht, zu rasch, war der Abend zu Ende. Am Potsdamer-Platz greifen schnellen Tempos die Lichter, noch eilen die Menschen ihren Vergnügungen zu, Dampf und Qualm enistromte den Restaurants, gedämpfte Melodien erklangen den Kaffeehäusern — das war zu leicht, zu flüchtig, zu laut.

Durch den Tiergarten ging ich dann noch spazieren, schwer hing die Regenluft noch zwischen den Bäumen, undeutlich grübelte das Wasser durchs Gestrüpp, ein lieber Mensch, mit dem man sich

Die preussische Regierungsbildung.

Am gestrigen Tage hat nach den Meldungen verschiedener bürgerlicher Korrespondenzen der preussische Ministerpräsident Braun Verhandlungen mit dem Führer der rechtsparlamentarischen Landtagsfraktion, Herrn v. Campe, gepflogen. Ueber ihr Ergebnis wird amtlich keine Mitteilung gemacht, während die Telegraphen-Union zu melden weiß, daß die Unterredung ergebnislos verlaufen sei. Im Laufe des Nachmittags teilte Braun in einer interfraktionellen Besprechung der drei Koalitionsparteien mit, daß er seine Bemühungen um eine Regierungsbildung fortsetzen werde. Man nimmt infolgedessen an, daß Braun nicht vor Mittwoch abend oder Donnerstag früh sich endgültig über Annahme oder Ablehnung der Wahl zum Ministerpräsidenten entscheiden wird.

„Gott mit uns“.

Ein bezeichnender Streit.

Im Schwerindustriellen „Tag“ lesen wir folgende Historie:

„Die vor einiger Zeit geprägten neuen Dreimarkstücke tragen bekanntlich auf dem Rand die Umschrift: „Einigkeit und Recht und Freiheit“. Diese Worte, die dem zur deutschen Nationalhymne erklärten Liede „Deutschland, Deutschland über alles“ entnommen waren, sind seit der einschneidenden Veränderung der politischen Konstellation von mehreren Seiten beanstandet worden, und es ist ein heftiger Kampf darüber entbrannt, ob sie beibehalten werden, oder durch das frühere „Gott mit uns“ ersetzt werden sollen. Es liegen eine Reihe von Entwürfen für das neue Fünfmarsstück vor, aber infolge dieser Differenzen über die Umschrift ist es zu einer engeren Wahl noch nicht gekommen.“

„Einigkeit und Recht und Freiheit“ ist allerdings für die neue Reichsregierung kein geeigneter Sinnspruch! Einigkeit will man nicht, das Recht soll die Dienerin der Macht sein und gar Freiheit! — Das ist eine hübsch sinnige Idee phantastischer Republikaner. Da ist „Gott mit uns“ doch viel besser zu gebrauchen. Gott war schon immer mit den stärkeren Bataillonen, und er wird auch mit dem stärkeren Portemonnaie sein. Bei dem 700-Millionen-Geschenk an die Ruhrindustrie hat man schon einen ganz erfreulichen Anfang gesehen. Die Hofzeremonienmeister der neuen „Gott-sei-Dank“-Regierung haben offensichtlich das richtige Fingerspitzengefühl.

Der Auer-Prozess.

Verleumde um zu verleumden.

München, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Da die Beflagten im Auer-Prozess über ein Duzend neue Beweisanträge gestellt haben, um noch einmal nachzuweisen, daß Auer nach seiner Rückkehr aus dem Felde erhebliche Neuanschaffungen für seinen Haushalt gemacht hat, ließ der Kläger am Montag alle jene Gegenstände in den Gerichtssaal schaffen, dazu ein Preisverzeichnis, aus dem hervorgeht, daß diese Neuanschaffungen insgesamt etwa 100 R. ausmachen.

Der Zeuge Moses sagt aus, daß ihm nach Erscheinen der Broschüre Winter der Vorlesende der SPD. Münchens, namens Koch, mitgeteilt habe, Winter und Kämpfer hätten sich bei der SPD. um ihre Ausnahme gemeldet. Dieser Darstellung wird aber von den Beflagten widersprochen.

Als nächster Zeuge gab der Schriftsteller Otto Graf, der früher als Landtagsabgeordneter der SPD. angehörte, später aber zur SPD. übertrat, Aufschluß über die sogenannte SPD.-Opposition München, die auch er angehört. Diese Opposition gründete sich auf drei Punkte, in denen sie eine von der Gesamtpartei abweichende Auffassung vertrat: 1. in der Frage des Ermächtigungsgesetzes, 2. in der Frage der Stellung zum Kabinett Cuno und 3. in der Frage der Reichspolitik in bezug auf Bayern und Sachsen. Diese Opposition sei aber nicht anders zu verstehen gewesen als in dem Sinne, wie es ja auch in den anderen Parteien einen rechten und einen linken Flügel gebe. Winter hat seine Broschüre als im Auftrag der Opposition herausgegeben bezeichnet, ohne die Leute der Opposition vorher darüber zu verständigen. Als der Zeuge damals Winter auf die offensichtlichen Unrichtigkeiten in der Broschüre aufmerksam machte,

gut unterhalten konnte, begleitete mich — das war zu dunkel, zu tief, zu ernst.

Und dann stand ich plötzlich an der Gedächtniskirche, zwischen den Kaffees der Patrioten, der Literaten, der Bürger, zwischen Schmuddehangenen und solchen, denen es am edelsten freizugucken aus den Augen glänzt, zwischen Scheinbar Gläublichen und offenbar Ungläublichen, neben bettelnden Kindern und stehenden Frauen auch — deutlich, überdeutlich war hier unseres Daseins Mischung.

Trotzdem ist manches, tomisch ist manches, trogikomisch ist alles in allem. Und deshalb gilt es die noch profanste Kunst rein kapitalistisch eingestellten Sekularen zu entreißen, denn was jenen häufig nur Lärm ist, ist uns blutiger Ernst.

Schafft ein Arbeiterkabarett!

Erich Golligetreu.

Ein zehnjähriger Prähistoriker. Das Märkische Museum, das in diesen Tagen die Feier seines 50jährigen Bestandes beging, und das nach mannigfachen Schicksalen eine bleibende Stätte in dem stillen hofmann-Bau gefunden hat, entwickelt sich, von dem Interesse der Berliner und aller Freunde der Mark und ihrer besonderen Eigenart begünstigt, immer weiter zu einem der bestgeeichteten, umfassendsten Institute seiner Art. Besonders die Bekehrung, die mit Anschauungsunterricht Hand in Hand zu gehen pflegen, vertiefen Kenntnis und Liebe zur Heimat. Für die verständnisvolle Art, wie an diesem Museum Unterricht erteilt wird, kommt Professor Dr. Kieckbusch, der Vorstand der vorgeschichtlichen Abteilung am Märkischen Museum, gelegentlich eines Besuchs im Berliner Rathaus eine sehr bezeichnende Geschichte erzählen. Vor einigen Jahren brachten ihm Arbeiter, die in der Nähe von Berlin Ausgrabungen vornahmen, prähistorische Schmuckgegenstände, die sie eben gefunden hatten, mit dem Bemerkten, die Schmuckstücke gehörten der älteren Bronzezeit an. Professor Kieckbusch war über diese mit großer Sicherheit vorgebrachte Bestimmung sehr erstaunt, um so mehr, als sie daraus künne. Natürlich wollte er denn auch wissen, woher die Arbeiter ihre Weisheit hätten. Und da erfuhr er, daß ein zehnjähriger Junge, der um des Ausgrabungsseid herumtummelte, die Gegenstände als aus der älteren Bronzezeit stammend erkannt habe. Professor Kieckbusch suchte den Knaben auf und stellte die Frage, wie er eine immerhin nicht ganz einfache Bestimmung mit solcher unfehlbaren Sicherheit treffen konnte. Der Junge war um eine Antwort, die nichts zu wünschen übrig ließ, nicht verlegen. Da er den Gelehrten nicht persönlich konnte, gab er folgenden Befehl, der seiner Berliner Schloßfertigkeit ebenso wie seiner prähistorischen Kritik das beste Zeugnis ausstellte: „Wenn Sie, so wie ich, ständig die Kurie des Märkischen Museums besuchen würden, hätten Sie gleich erkannt, daß es sich um Funde aus der älteren Bronzezeit handelt und hätten nicht erst lange herumraten müssen.“ Der zehnjährige Prähistoriker spricht besser für das Märkische Museum als jede Werbefchrift.

Alle Oster-Schüler Hess im nächsten Kulorenabend der Volksbühne E. B. im Bürgeraal des Rathauses. Die Vorlesung findet am 6. abends 8 Uhr, statt. Eintrittskarten 50 Pf.

Die Premiere von Jeth Wachs Lustspiel „Einmal ist einmal“ ist wegen Erkrankung eines Darstellers von Dienstag, den 3., auf Mittwoch, den 4. Februar, verlegt worden. Die gelassenen Billets behalten Gültigkeit.

Die Sackgasse.

Rüchlich stel mir das erste Heft einer neuen künstlerischen Halbmonatschrift in die Hände, die den Titel „Die Straße“ führt. Als Redaktionsauschuß werden der Kunstkritiker Dr. Adolf Behne, der Zeichner George Grosz und der aus dem Magdeburger Prozeß bekannte Journalist Franz Behnhoff genannt. Unter den Mitarbeitern befinden sich u. a. Jakob Altmair, Erich Rühmann und der von „Lachen links“ her in guter Erinnerung stehende Erich Weinert. Man rechnet ferner auf Beiträge von Männern wie Raci Sternheim, Walter Mehring, Wagnoma, Heinrich Jills, Ernst Toller (??), Heinrich Bogeler, Paul Destréich, Alfons Raquet u. a. Eine reichlich bunt zusammengewürfelte Gesellschaft. Wohin führt diese „Straße“? Die Redaktion des Blattes ist in der Zentralfalle der „Künstlerbühne“ im Berliner Sowjethaus unter den Linden 11. Im einleitenden Aufsatz „Der gedölte Schwurgerichtssaal“ gibt uns Herr Behnhoff „ein Paar Augen voll Magdeburg“ und sucht uns im Hinblick auf Ebert einzureden, daß „verehrte sozialdemokratische Führer der Schwachen gegen die Starken, der ersten, allerersten Verführung erlagen und Freunde der Starken gegen die Schwachen wurden“, und daß seit 1918 „die erwählten Führer der Schwachen, der Hungernden, Regierungen für die Reichen und Satten machten!“ Und in einem anderen Artikel wird der Kritiker-Barmat-Standal als der „Sturz der deutschen Republik in eine bodenlos tiefe, eilige Kloake von Schieberum und Korruption“ bezeichnet, um zu der sinnigen Schlussfolgerung zu gelangen: „Und dieser Fall der deutschen Republik ist in Wahrheit der tiefste Fall der deutschen Sozialdemokratie.“ Nach diesen Wegweisern scheint die Richtung dieser „Straße“ nach Wostau ununterbrechbar.

Ah, lieber Leser, du ahnst es nicht! Es geht zwar auf dieser Straße weder intelligent noch künstlerisch zu, aber es sind immerhin Intellektuelle, die sich auf ihr bewegen. Und die wirken wie das sprichwörtliche rote Tuch auf den kommunisistischen Stier. Herr Behnhoff müht sich sogar ab, objektiv zu erscheinen, indem er sich über Richard (Leichen-) Müller lustig macht, ihn als „Portotafelndestruant der Revolution“ bezeichnet und es Ebert zum Verdienst anrechnet, daß er durch Abwürgung des Munitionsarbeiterstreiks die deutschen Arbeiter vor dem Theaterrevolutionär und Revolutionsverräter Herrn Leiche bewahrt habe. Und wenn auch diese Objektivität selber tomödiantisch wirkt, so widerspricht sie doch allen kommunisistischen Grundfahen. So donnert denn auch in der „Roten Fahne“ ein wichtiger Strafgericht auf die im Grund so kindlich-unschuldigen Spaziergänger dieser „Straße“ herab. Wenn Herr Behnhoff Ebert als „Waterlandspartei“ bezeichnet, so wirft man ihm vor, er mache es sich zur Aufgabe, „die Person Eberts herauszufreien“. Und eifernoll wird jede Berührung mit einem Blatte abgefahren, „das sich auf ein so tiefes politisches Niveau einzustellen beliebt“.

Das geschieht euch ganz recht, ihr Herren von der „Straße“! Wer sich bei den Kommunisten anbiedern will, darf auch nicht um

erwiderte dieser, das wisse er sehr wohl, aber man müsse eben manchmal verleumben um der Verleumdung willen.

Der Zeuge Bollhals gab Auskunft über eine Besprechung, die am 7. November 1918 normittags im Münchener Gewerkschaftshaus abgehalten wurde. Hier wurde Eisner wiederholt gefragt, ob er bei der Demonstration auf der Theresienwiese, die für nachmittags angelegt war, etwas Besonderes beabsichtigte. Auf wiederholtes Drängen antwortete Eisner damals, daß er sich in das von den beiden Parteien KSP. und SPD. festgelegte Programm einfügen und eigenmächtig nichts unternehmen werde. Nach dieser Besprechung brachte Eisner wiederholt zum Ausdruck, daß es das größte Unglück wäre, wenn jetzt eine Revolution ausbrechen würde, denn dadurch würde die ganze Entwicklung gestört. — Der Zeuge Sauber, der bekanntlich kurz vor Weihnachten zusammen mit Mühsam von der bayerischen Regierung begnadigt worden ist, gab an, daß ein großer Teil derjenigen, die am 7. November in München die Revolution machten, sich dagegen gewandt habe, daß Eisner in das Ministerium Eisner einträte, in der Überzeugung, daß mit Eisner die Konterrevolution in die Regierung einziehe. — Die Zeugenvernehmung wird am Dienstag zu Ende geführt.

Eine verlogene Ausflucht.

Soll Fischenbach „ehelos“ bleiben?

München, 2. Februar. (WZ.) Wie der Landesdienst des Süddeutschen Korrespondenzbureaus auf Erkundigung an zuständige Stelle erfährt, sind vom bayerischen Justizministerium die Strafen für die feinerzeit wegen Landesverrats verurteilten Fischenbach, Vargas und Lembke herabgesetzt worden. So wurde die Zuchthausstrafe für Fischenbach von elf Jahren auf drei Jahre sechs Monate, die Zuchthausstrafe für Vargas von zwölf Jahren auf drei Jahre zehn Monate und die Zuchthausstrafe für Lembke von 10 Jahren auf drei Jahre zwei Monate herabgemindert. Der im Zusammenhang mit diesen Strafen gegen die Genannten ausgesprochene Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bleibt bestehen.

Diese offenbar inspirierte Nachricht des süddeutschen Korrespondenzbureaus scheint durch unsere Mitteilung über die „juristische“ Behandlung Fischenbachs veranlaßt zu sein. Für die erbärmliche Verlogenheit, mit der der „Fall Fischenbach“ behandelt wird, ist es bezeichnend, daß auch diese Notiz einer klaren Beantwortung der Frage, ob die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte im Fall Fischenbach für 11 Jahre aufrecht erhalten bleiben soll, ausweicht. Keine Antwort ist aber in diesem Falle auch eine Antwort. Die bayerische Regierung will Fischenbach weiter den Makel der Ehrlosigkeit anhängen. Sie scheint zu glauben, daß die Nichtaufhebung dieser Zusatzstrafe indirekt für sie eine moralische Entlastung bedeutet. Um so mehr wird es Aufgabe des Reichstags sein, endlich auf gesetzlichem Wege die Möglichkeit des Wiederaufnahmeverfahrens bei den Urteilen bayerischer Volksgerichte zu paktieren, da anders Fischenbach und mit ihm viele andere nicht zu ihrem Rechte kommen.

Reichsverkehrsfragen im Hauptausschuß.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde der Etat des Reichsverkehrsministeriums behandelt.

Als Referent vernies Abg. Dr. Duag (Dnat.) darauf, daß durch die Schöpfung der Reichsbahngesellschaft die Organisation des Reichsverkehrsministeriums tiefgreifend geändert sei. Was die Binnenwasserstraßen betrafte, so sei durch die Reichsverwaltung die einheitliche Leitung dieser Verkehrswegen durch das Reich vorgezogen. Dies widerspreche in gewissem Sinne dem föderalistischen Grundcharakter des deutschen Staatswesens, werde aber der Entwicklung des modernen Verkehrs gerecht. Immerhin müsse man sich gegenwärtig halten, daß die Länder durch den Verlust ihrer Staatsbahnen schon in dem wichtigsten Zweig ihres Verkehrs wesens mediatisiert worden seien, so daß ein gewisses Widerstreben gegenüber dem unitarischen Ziel der Reichsverkehrsverwaltung begründet sei. Redner erörterte dann noch zahlreiche Probleme auf dem Gebiete des Luftverkehrs- und Kraftverkehrs. Er schloß mit der Feststellung der großen Ziele und Aufgaben, die in Zukunft das Verkehrsministerium noch habe.

Reichsverkehrsminister Dr. Knoke begründete es, warum das Reichsverkehrsministerium in seiner bisherigen verkleinerten Gestalt aufrechterhalten wird. In erster Sprache hier das außenpolitische Moment mit. Durch das Bestehenbleiben des Verkehrsministeriums werde bezeugt, daß das Reich den Wunsch auf den Wiederbesitz der Eisenbahn nach Ablauf der vereinbarten Vertragsdauer für die Reichsbahngesellschaft niemals aufgebe. Dann aber eröffnete sich durch die Schöpfung der Reichsbahngesellschaft auch ganz neue Verkehrsprobleme. Es sei mit Bestimmtheit zu hoffen, daß die Reichsbahn ihre Aufgaben zum Besten der deutschen Verkehrs- und Wirtschaftsverhältnisse erfüllen werde. Andererseits sei es aber auch, nachdem die Reichsbahn nun einmal zum Reparationsfaktor geworden, notwendig, im Verkehrsministerium eine Organisation zu besitzen, die als einziges und wichtigstes Ziel die Förderung der deutschen Verkehrsinteressen zu verfolgen habe. Dabei dürfe selbstverständlich keine Rede davon sein, die Eisenbahn etwa durch Konkurrenz reparationsunfähig zu machen. Aber die großen Verkehrsverhältnisse, die auf dem Wasser, auf der Landstraße und in gewissem Grade auch schon in der Luft sich eröffnen, und die den Aufgabenbereich des Reichsverkehrsministeriums ausmachen, werden sicherlich auch förderlich auf die pflegliche Behandlung der deutschen Eisenbahnpolitik zurückwirken. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wandte sich der Minister den Einzelfragen des Verkehrswezens zu.

Abg. Gildemeister (DZp.) betonte in seinem Korreferat ebenfalls die außerordentlich wichtige wirtschaftspolitische Aufgabe des Reichsverkehrsministeriums.

Abg. Engerding (DZp.) äußerte sich ausführlich über die Bedeutung der Binnenschifffahrt, über ihre schwierige Lage und über das Verlangen des Schleppmonopols auf dem Mittelatlantkanal. Im Vortrage seiner Partei forderte er in mehreren Anträgen und Interpellationen 1. die Übertragung der staatlichen Schlepperei auf dem Mittelatlantkanal an eine gemischtwirtschaftliche Gesellschaft unter Beteiligung des Reiches; 2. die Erhöhung der für den Ausbau des Doppelseitenkanals von Lippstadt bis Wesel eingelegten Summe von 12 auf 30 Millionen; 3. fordert er, daß vor Beginn des Ausbaues des Mittelatlantkanals der Reichstag bezüglich der Vollenführung nochmals gehört wird; 4. fordert er die beschleunigte Fertigstellung der dritten Schiffschiffe bei Münster in Westfalen.

Abg. Schumann (Soz.)

betonte, daß die Verkehrspolitik für Wasserstraßen eine einheitliche sein müsse. Insbesondere müßte die Einheitlichkeit der Rechtsverhältnisse auf diesem Gebiete gewahrt sein. Gegenüber den Wünschen des Vordrängers, die Vollenführung des im Bau befindlichen Mittelatlantkanals in letzter Stunde noch zu ändern, befürchtete der sozialdemokratische Redner, daß durch Gewährung solcher Wünsche die Vollenführung des Mittelatlantkanals vollständig auf Jahrzehnte hinaus verzögert werden könnte, was unter keinen Umständen anginge. Ueber die Vollenführung des Mittelatlantkanals sei Jahr um Jahr gestritten worden, bis endlich der Plan endgültig festgelegt worden sei. Jetzt dürfe durch solche Wünsche keine Verzögerung in das große Unternehmen eingebracht werden. Bezüglich des Luftverkehrs müsse alles Mögliche geschehen, um die dröselnden Bestimmungen, die jetzt leider noch in Geltung sind, zu beseitigen.

Abg. Schütz (Komm.) verlangte u. a. Ausbau der Betriebsorganisationen im Bereich der Verkehrsverwaltung.

Abg. Dr. Dietrich-Baden (Dem.) vernies auf die große Zahl von hohen Beamten in diesem Ministerium, welchem doch bei weitem der größte Teil seiner Arbeit verloren gegangen ist, hin und verlangte sorgfältige Prüfung des personellen Bedarfs im Unter- und Oberausbau. Er wandte sich nicht grundsätzlich gegen die Absicht, ein Reichswasserstraßengesetz zu erlassen, warnte aber vor einer zu starken Zentralisation des Wasserstraßenwesens in Berlin, da dieses überhaupt nicht zentralisiert verwaltet werden könne. Wenn das Ministerium neben seiner politischen Aufgabe der Wahrung der Rechte des Reiches gegenüber der Eisenbahn, nach Wasserstraßen-, Luft- und Kraftfahrwesen bearbeitet solle, so habe es genügend Aufgaben.

Abg. Leicht (B. Sp.) hielt es für notwendig, daß die Hoheitsrechte der Länder auch in den Fragen des Verkehrs genügend berücksichtigt werden. Was den Kraftverkehr angeht, so sei damit ohne Zweifel eine starke Abnutzung der Landstraßen verbunden, so daß es notwendig sei, den Gemeinden und Ländern eine ausreichende Steuer zu gewähren. Angesichts der kommenden internationalen Bestimmungen für den deutschen Luftverkehr müsse das Reichsverkehrsministerium alles tun, um den Luftverkehr zu fördern.

Abg. Dr. Cramer (DZp.) wies auf die Gefahr für die Reichsschiffahrt hin, die durch polnische Vernachlässigung des Fischereiwesens drohe. Nach einer kurzen Erwiderung des Ministers wurde die allgemeine Debatte über die Abteilungen für Wasserstraßen, Luft- und Kraftfahrwesen des Reichsverkehrsministeriums abgeschlossen. Heute werden die zahlreich eingebrachten diesbezüglichen Anträge zur Abstimmung kommen.

Bürgerliche Moral.

Die Geschäfte eines Stadtverordneten.

Odenburg, 31. Januar. (Eigener Bericht.) Einen bösen Reinsall der vereinigten bürgerlichen Parteien hat jetzt die odenburgische Stadt Rüstingen erlebt. Dort hat der Führer der bürgerlichen Vereinigung innerhalb des Stadtparlaments, der Kaufmann Mathias Hübben, vor einigen Monaten einen städtischen Kredit von 20 000 Mark nachgesucht und auch erhalten. Der Kredit war laut Stadtratsbeschluss für das kaufmännische Unternehmen des Herrn Hübben bewilligt worden, bei der Abhebung der Summe aber gelang es Herrn Hübben, diese auf das Konto der Firma „Nordlandwerke“, an der er beteiligt war, schreiben zu lassen. Die „Nordlandwerke“ sind nun inzwischen vertracht, Geld ist natürlich nicht zu haben. Herr Hübben, der für das Geld haftbar ist, weigert sich, Deckung zu beschaffen. Vom Magistrat aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, hat er bisher mit traurigen Ausflüchten beantwortet. Unser Rüstinger Parteiorgan, die „Republik“, fordert angesichts dieser Dinge Herrn Hübben auf, sofort sein Stadtratsmandat niederzulegen. Interessant ist, das Herr Hübben innerhalb der städtischen Körperschaften der Vorführer der Bürgerlichen war und noch vor zwei Monaten gelegentlich der Wahlen zur Stadtverwaltung die Wortschmähung gegen die Sozialdemokratie trommelte! Wie die Dinge liegen, dürften die städtischen Steuerzahler die Leidtragenden bei dem gutbürgerlichen Handelsgeschäft des Herrn Hübben sein.

Die Verpflichtungen des Barmat-Konzerns.

Begründung einer Treuhandgesellschaft.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: In den Räumen der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) wurde am 31. Januar unter der Firma „Liquidations- und Treuhand-G. m. b. H.“ eine Treuhandgesellschaft gegründet, die den Zweck hat, die Verpflichtungen des Barmat-Konzerns abzuwickeln. Mitglieder des Aufsichtsrats sind: von Seiten der Gläubiger Staatssekretär Sautter, Ministerialdirektor Klauke, Präsident Dr. Schroeder, Staatsfinanzrat Brettenfeld, Bürgermeister a. D. Wachowig, Generaldirektor Heinze, Finanzrat Dr. Weidling und folgende Abgeordnete: Reichstagsabgeordneter Ministerialdirektor a. D. Deusch, Landtagsabgeordneter Brunl, Reichstagsabgeordneter Reichsminister a. D. Dernburg, Reichstagsabgeordneter Dr. Hilferding. Vorsitzender des Aufsichtsrats ist Reichsminister a. D. Dernburg, Stellvertreter sind Staatssekretär Sautter und Präsident Dr. Schroeder; zum Geschäftsführer der Treuhandgesellschaft wurde der Kommerzienrat Manasse bestellt. Die Geschäftsräume befinden sich in der Behrenstr. 25 (Deutsche Merkurbank).

Ueber den Wert der Treuhandgesellschaft übertragenen Pfänder und sonstigen Vermögensgegenstände kann zurzeit nichts abschließendes gesagt werden, da wichtige Korrespondenzen und Bücher sich zurzeit noch in den Händen der Untersuchungsbehörde befinden. Deren Freigabe steht zu erwarten.

Gefährdung der Postkredite!

Die Sicherheit der von der Reichspost gegebenen Kredite ist stark gefährdet. Die allgemeine Garantie-Bank A. G. in Berlin, eine Versicherungsbank, die in enger Verbindung mit dem Versicherungskonzern Deutscher Lloyd steht, ist bei der Staatsanwaltschaft wegen Kreditbetruges in Höhe von etwa 1 Million angezeigt worden. Die Bank behauptet, daß die Anzeige einer Begründung entbehre und lediglich einen Nachsatz darstelle.

Die Garantie-Bank hat in der letzten Zeit mehrfach zu ungünstigen Beurteilungen Anlaß gegeben. Sehr bemerkt ist besonders worden, daß sich namhafte Rückversicherungsgesellschaften, bei der die Garantie-Bank die Post- und Staatsbankkredite, die der Barmat-Konzern bekommen hat, rückversichert hatte, sich von der Garantie-Bank zurückgezogen haben. Die Garantie-Bank behauptet, daß die Rückversicherungsgesellschaften sich nur um ihre Verpflichtung drücken wollten, im Falle für die Barmat-Kredite der Post gegenüber einzulieken. Die Rückversicherungsgesellschaften behaupten dagegen, daß sie von ihren Beträgen mit der Garantie-Bank zurückgetreten sind, weil diese unter falschen Voraussetzungen zustande gekommen seien. Die Folge von diesen Auseinandersetzungen ist eine schwere Gefährdung der Postkredite, die Staatsgelder sind. Die Garantie-Bank selbst, die lediglich eine Epitaphorganisation von Rückversicherungsgesellschaften ist, kann natürlich die Mittel, um die Post schadlos zu halten, nicht selbst aufbringen, wenn sich die eigentlichen kapitalstarken Rückversicherungsgesellschaften, die die wirklichen Träger der Bürgschaften sind, zurückziehen und irgendwelche Zahlungsverpflichtungen bestreiten.

Magdeburger Reichsbannertag.

Aufmarsch der Hunderttausend.

Magdeburg, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Wie der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold mitteilt, haben sich zum Reichsbannertag am 22. Februar bereits so viele Teilnehmer gemeldet, daß die erwartete Zahl von Hunderttausend nicht nur erreicht, sondern noch überschritten werden wird. Die von mancher Seite langweilende Behauptung, es könnten sich Schwierigkeiten bei der Unterbringung solcher Massen ergeben, sind unbegründet. Erwünscht ist aber, daß alle unsere Kameraden, die nach Magdeburg fahren wollen, durch ihre Ortsgruppen sich sofort melden lassen. Erfahrungsgemäß entscheiden sich viele Leute erst in den letzten Tagen. Auch für diesen Fall ist Vorprogre durch Bereitstellung einiger tausend Refektorien getroffen worden. Daß bis jetzt auf die Bereitstellung von Massen-

quartieren nicht zurückgegriffen zu werden braucht, ergibt sich von der überaus großen Gastfreundschaft der Magdeburger Bevölkerung. Der 22. Februar wird die größte politische Kundgebung, die je in Deutschland stattfand.

Deutsche in Sowjetrußland.

Eine sozialdemokratische Interpellation.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Kleine Anfrage eingebracht: „Seit fast drei Monaten sitzen zwei deutsche Studenten, Kindermann und Bölsch, im Gefängnis in Moskau. Die russische Regierung hatte ihnen nicht nur die Einreiseerlaubnis bereitwilligst erteilt, sondern ihnen Unterstützung in Aussicht gestellt. In der Tat erhielten sie kostenfreie Fahrt nach Moskau, wo ihnen eine Wohnung angewiesen und andere Erleichterungen gewährt wurden. Doch wurden sie von Anfang an sehr scharf von der Polizei überwacht. In der Nacht vom 26. zum 27. Oktober 1924 wurden sie plötzlich aus dem Bett geholt und in Untersuchungshaft gebracht. Seit dieser Zeit werden sie in dem berüchtigten Gefängnis der Tscheka festgehalten. Die Intervention des deutschen Botschafters ist unbeachtet geblieben. Am 13. November erst erklärte die Tscheka, die Studenten wären wegen „Teilnahme an Spionage“ verhaftet worden. Es soll sich angeblich um „wirtschaftliche Spionage“ handeln. Bei den Studenten wurden Briefe an deutsche Firmen gefunden, in denen sie um Beihilfe für ihre Reisekosten bitten und versprochen, den Firmen Abfahrtskarten in Parkland nachzuweisen. Die Firmen sind übrigens darauf gar nicht eingegangen. Die Festhaltung stellt sich daher als einer der zahlreichen Willkürakte der Tscheka dar.“

Wir fragen deshalb die Reichsregierung, welche Schritte sie zu ergreifen gedenkt, um endlich die Freilassung der deutschen Studenten durchzusetzen?

Wir fragen schließlich, ob die Reichsregierung die Deutsche Botschaft anweisen will, festzustellen, welche Deutsche in russischen Gefängnissen gehalten werden und ob sie bereit ist, auf ihre Entlassung, soweit es sich nicht um gemeine Verbrecher handelt, mit dem gebotenen Nachdruck hinzuwirken?

Die Sozialisten und Herriot.

Die meisten Bezirkstage für Unterstützungspolitik.

Paris, 2. Februar. (WZ.) Auch in der Provinz haben wie in Paris selbst Bezirksparteitage der sozialistischen Partei zwecks Vorbereitung des Kongresses, der am 8. Februar in Grenoble zusammentritt, stattgefunden.

Der Bezirksparteitag des Departements Pas de Calais hat in Lens beschlossen, die Resolution über die Unterstützungspolitik, die der Nationalrat der Partei am 1. und 2. November 1924 angenommen hat, aufs neue zu bestätigen, jedoch von den sozialistischen Abgeordneten zu verlangen, daß sie von der Regierung die rasche und vollständige Bewirkung des vom Ministerpräsidenten Herriot in einem Briefe an die sozialistische Partei vom 2. Januar 1924 aufgestellten Programms erreichen. Im übrigen wird die einheitliche Abstimmung der Kammerfraktion gefordert.

Der Bezirksparteitag des Nord-Departements hat in Lille die Beibehaltung der Unterstützungspolitik beschlossen, solange die Regierung Herriot ihren Verpflichtungen treu bleibe.

Paris, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Delegiertenversammlung des Jure-Departements (Grenoble) protestiert in einer Entschließung gegen die Nichträumung der Kölner Zone und fordert eine volle Aufklärung der Öffentlichkeit über den Stand dieser Frage.

Der Endkampf um die Botschaft beim Vatikan

Paris, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer hat am Montag in der vergangenen Woche zurückgestellte Diskussion über das Kapitel 9 des Budgets des Auswärtigen begonnen, das die Kredite für die diplomatischen Vertretungen Frankreichs im Auslande anordnet, jedoch keinerlei Beitrag für die Gesandtschaft beim Vatikan enthält. Die Rechte hat sich natürlich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, den vor einigen Tagen durch die Annahme des Schlußantrages unterbrochenen Kampf um die Aufrechterhaltung der Gesandtschaft wieder aufzunehmen. Da die Geschäftsordnung es nicht ermöglicht, einen Antrag auf Wiederherstellung des von der Regierung gestrichenen Kredits zu stellen, hat die Rechte am Montag beantragt, das ganze Kapitel an die Kommission zurück zu verweisen. Das Mandat hat allerdings keine Aussicht auf Erfolg. Das weiß man auch auf den Bänken der Opposition, der es nur darum zu tun zu sein scheint, durch systematische Obstruktion die Verabschiedung des Budgets zu verschieben. Zu dem Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission liegen nicht weniger als 30 Wortmeldungen vor. Es werden jedoch höchstens 5 oder 6 Redner zu Wort kommen, da die Mehrheit entschlossen ist, dieser zwecklosen Auseinandersetzung unter allen Umständen am Montag oder Dienstag ein Ende zu machen. Die Regierung wird zu dem Antrag der Minderheit die Vertrauensfrage stellen, und wenn auch eine kleine Gruppe um Briand und Loucheur gegen das Kabinett stimmen wird, so verfügt dieses doch über eine ausreichende Mehrheit. Erst nach der nicht mehr zweifelhaften Ablehnung des Rückverweisungsantrages durch die Kammer wird die eigentliche Diskussion über den Artikel selbst eintreten können, und auch hierfür sind bereits etwa drei Duzend Redner eingeschrieben. Von der Linken werden u. a. die Abgeordneten Blum und Renaudel sprechen.

Im Laufe der gestrigen Sitzung erklärte Herriot, daß das Konkordat für Gfah-Bohringen fortbestehe. Er schlägt deshalb im Einverständnis mit der Finanzkommission vor, 55 000 Frank für einen Missionschef beim Vatikan zu bewilligen, der die Vertretung der eisenbahntechnischen Angelegenheiten weiterzuführen hätte, der von einem Archidiakonen und einem Legationssekretär begleitet würde.

Diese Erklärung tief unter einem Teil der Sozialisten und Radikalen erhebliche Unruhe hervor, so daß der Präsident die Sitzung unterbrechen mußte.

Die Abschaffung beschlossen.

Schließlich wurde die von der Opposition beantragte Rückverweisung an den Ausschuß mit 314 gegen 250 Stimmen abgelehnt. Damit hat die Kammer der Vereinfachung der französischen Botschaft beim Vatikan zugestimmt.

Letzte Nachrichten.

Flugzeugunglück.

Lübeck, 2. Februar. (WZ.) Nach einem Höhenrekordflug verunglückte heute oben auf dem Flugplatz Travemünde das Flugzeug der Caspar-Becke, nachdem es den bisherigen Welthöhenrekord für derartige Flugzeuge bedeutend überboten hatte. Kurz vor der Landung stürzte der Apparat aus der geringen Höhe von 30 bis 50 Metern aus noch nicht geklärten Gründen auf den Flugplatz ab. Der Pilot Münnich aus Hamburg und der Beobachter Stiegert ebenfalls aus Hamburg, sind tot.

Gewerkschaftsbewegung

Tagung der Bergarbeiter-Internationale.

Hannover, 2. Februar. (Eigener Bericht.) Die anhaltende Depression auf dem Weltkohlenmarkt und die sie begleitenden sozialen Bewegungen in allen bergbaureichenden Ländern haben der Bergarbeiter-Internationale, dessen Exekutivkomitee am Sonntag, den 1. Februar im Gewerkschaftshaus Hannover zusammentrat, Veranlassung, sich mit der Auswirkung des Dawes-Planes, besonders auf die deutsche Kohlenwirtschaft, zu beschäftigen. Der Deutsche Bergarbeiterverband hat dazu als Diskussionsgrundlage eine Denkschrift ausgearbeitet, die bemerkenswerte Angaben über die Entwicklung des Reparationskohlenproblems bis auf den heutigen Tag enthält.

Reparationen

Unter dem Titel wurde Deutschland im Verlaufe der Verträge gezwungen, den Alliierten für die Dauer von zehn Jahren Höchstbezugsrechte auf Kohle und Koks einzuräumen, deren Ausmaß sich bis zu 4 Mill. Tonnen monatlich belief. Bei unerbittlicher Wirksamkeit würde sich demnach für 1925/26 eine Höchstmenge von 27,4 Millionen Tonnen, d. h. monatlich 2,283 Millionen Tonnen errechnen. Die tatsächlichen Anforderungen der Reparationskommission haben sich jedoch stets unter den benannten Maximalmengen gehalten, denn — ganz abgesehen von der Erfüllbarkeit solcher Forderungen aus einer durch Verluste wesentlicher Kohlenbeden empfindlich geschwächten deutschen Kohlenwirtschaft — hat eine Aufnahmefähigkeit für Reparationskohlen in diesem Ausmaße bei den empfangsberechtigten Ländern (Frankreich mit Luxemburg, Belgien und Italien) niemals bestanden. Deutschland und vor allem seine Bergleute, die sich zu wiederholten Malen in Verhandlungen mit den Siegermächten, haben es an ernstlichen Anstrengungen, durch Erfüllung der Kohlenverpflichtungen dem Lande den Frieden zu erhalten, nicht fehlen lassen. Die einseitige Festsetzung der Lieferprogramme führte zu den unnatürlichsten und

unwirtschaftlichsten Verhältnissen

in der deutschen, aber auch in der ausländischen Kohlenwirtschaft; hier durch wachsende Kohleneinfuhr, dort durch Preisunterbietungen mit billiger Reparationskohle. Trotz alledem hat Deutschland an die Entente vom Beginn der Lieferungen bis Ende 1922 rund 56 Millionen Tonnen ausgebracht. Eine Differenz zwischen Lieferoll und Liefermenge für die Gesamtheit der Reparationslieferungen während 1922 von nur 7,8 Proz. (für Frankreich und Luxemburg allein von 8,2 Proz.), diente den Westmächten als Vorwand zur

Befehung des Ruhrgebietes,

eine Differenz, die der Verabau der Welt in zwei Arbeitsstunden fördern würde. In der nun folgenden Widerstandszeit gingen nur verhältnismäßig geringe Kohlenmengen an die Befehlsmächte, während die Lieferungen an Italien 1923 fortgesetzt wurden. Ende November 1923 begann sodann die Vera der sogenannten Umverträge, die Ende Oktober 1924 endgültig abliefen, um dem

Dawes-Lieferungssystem

Weg zu machen. Die Menge der 1923 gelieferten bzw. requirierten Kohlen beziffert sich auf 7.625.386 Tonnen — die endgültige Ziffer dürfte um etwa 200.000 Tonnen höher sein. In der ersten Jahreshälfte 1924 gingen 9.598.512 Tonnen an die Entente.

Das Dawes-Gutachten erkennt die Fortsetzung der Lieferungen von Kohle und Koks als notwendig an, stellt jedoch, wegen der Beschränkung der verfügbaren Mittel, eine Verringerung der Mengen in Aussicht. Der Reparationskommission wird die einseitige Programmfestsetzung entzogen, die nunmehr, nach dem Londoner Abkommen, in Gemeinschaft mit dem neuemgegründeten Lieferungs- und Abnahmecomitee durch Vereinbarung mit der deutschen Regierung erfolgt. Die Lieferung geschieht auf dem Wege unmittelbarer geschäftlicher Verträge mit den deutschen Lieferanten, welche Bezahlung aus der Reparationskasse erhalten. Für Streitfragen sind eine Reihe schiedsrichterlicher Instanzen vorgesehen. Wichtig ist endlich, daß die Lieferungen aus den englischen Bestimmungsländern verboten sind.

Die Praxis des Dawes-Systems hat zunächst eine beträchtliche Verringerung des Kohlenlieferolls

gebracht. Die Gesamtlieferungen wurden im Oktober um 37,4 Proz. und die Kokslieferungen sogar um 74 Proz. herabgesetzt. Die Möglichkeit der Reduktion hat im Ruhrbergbau zu abfahrorganisatorischen Schwierigkeiten geführt, die bei der ohnehin fragwürdigen Abfahrlage damals für alle Beteiligten recht spürbar war.

Die Steigerung der Förderung ist eine in allen Ländern zu beachtende Tatsache, allerdings ohne daß für die vermehrten Kohlenmengen nun auch ausreichende Absatzmöglichkeiten vorhanden wären. Die Weltwirtschaft befindet sich noch längst nicht wieder im Gleichgewicht, und so ist es zu verstehen, daß auf dem eingengten Absatzmarkt ein verschärfter Konkurrenzkampf eingeleitet hat. Die Kohlenlieferungen, die Deutschland nach dem Dawes-Plan tätigt, sind gegenüber früher mengenmäßig, aber auch in ihrer sonstigen Bedeutung erheblich vermindert, so daß sie als Ursache für den zeitweiligen Kohlenüberschuß auf dem Weltmarkt nicht anzusprechen sind. Die Reparationskohlenmengen von 1924 bleiben sogar hinter den Mengen zurück, welche Deutschland vor dem Kriege an die empfangsberechtigten

Ihr Mund

wird entstellt durch häßlich verärgerte Zähne. Aber Mundgeruch nicht abstoßend. Belbe Schönheitsfehler werden sofort in vollkommen unsichtbar. Weisse befeuchtet die Zahnpolster **Chlorodont**, welches unterstützt durch **Chlorodont-Mundwasser**. Überall zu haben.

Länder schickte. Auch die freie deutsche Kohlenaufuhr ist gegen früher so zusammengedrückt, daß sie die Verschiebungen im internationalen Kohlenhandel nicht begründen kann. Vielmehr macht sich wegen der

verminderten Absatzmöglichkeit bei gesteigerter Förderung

überall ein vermehrtes Ausfuhrbedürfnis geltend. Es liegt im Wesen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, daß bei dieser Sachlage der Wettbewerb leicht Formen annimmt, bei denen die Völkter, insbesondere hier die Bergarbeiter, Schaden leiden. Diese Tatsache sollte der Bergarbeiter-Internationale Veranlassung sein, mit vermehrtem Eifer an der Herausarbeitung der erstrebten internationalen Regelung der Kohlenwirtschaft unter Anteilnahme der Bergarbeiter zu wirken. Die Verwirklichung dieses Zielles würde eine sinnvolle Ergänzung des Dawes-Planes bedeuten.

Das Sekretariat der Bergarbeiter-Internationale befaßte sich heute mit dem von der deutschen Delegation vorgelegten Bericht über die Auswirkung des Dawes-Planes. Am Schluß der Debatte wurde folgende Entschliessung angenommen:

„Das Internationale Bergarbeiterkomitee nimmt Kenntnis von dem vorgelegten Bericht der deutschen Delegation über die Aus-

Große öffentliche Beamtenkundgebung

am Donnerstag, 5. Februar, abends 7^{1/2} Uhr, in der Stadthalle, Klosterstraße 47-59.

Tagesordnung: „Der Bürgerlohn und die Beamten — Das System Schlieben.“ Referenten: Ministerpräsident a. D. Stellung, M. d. R., Ministerialrat a. D. Albert Falkenberg.

Beamte! Sorgt für massenhaften Besuch dieser Veranstaltung. Wehrt Euch gegen die Reaktion und gegen die Verelendung der unteren Besoldungsgruppen!

Die Bezirksarbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten und Lehrer Groß-Berlins.

wirkung des Dawes-Planes, in welchem erklärt wird, daß der Dawes-Plan gegenüber dem früheren Zustand des wirtschaftlichen, politischen und militärischen Zwanges einen Fortschritt darstellt. Das Internationale Bergarbeiterkomitee empfiehlt den Landesorganisationen, die Wirkungen des Dawes-Planes weiterhin zu studieren und fordert sie auf, darüber einen schriftlichen Bericht einzureichen, damit die nächste Komiteesitzung dazu Stellung nehmen kann.

Es gelingt nichts mehr.

Halle, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Betriebsräte-Kongress der mitteldeutschen Bergleute, den die Kommunisten für Sonntag nach Halle einberufen hatten, bedeutet für die KPD. einen schweren Reinfall. Von den 2000 Betriebsräten des mitteldeutschen Bergbaues waren nur etwa 30 erschienen, der Kongress war insgesamt von 66 Personen besucht. Nichts beweist besser seine Bedeutungslosigkeit und gleichzeitig die Einflußlosigkeit, zu der die KPD. in Mitteldeutschland herabgesunken ist. Dabei hat die Kommunistische Partei die Kosten getragen und auch die Unorganisierten herangezogen. Als sich der Fehlschlag nicht verheimlichen ließ, wurde einfach erklärt, daß die 30 Delegierten die 2000 Betriebsräte „vertreten“. Dabei waren sehr wichtige Reviere, so z. B. das Gesselftal und das Bitterfelder Revier überhaupt nicht vertreten. Das Referat hielt Koenen, der erklärte, daß die „Kampfvorbereitungen“ der Bergarbeiter bis zum 28. Februar beendet sein müßten. Die Belegschaften im Ruhrgebiet seien schon kampfbereit und warteten nur noch auf die mitteldeutschen Bergarbeiter. (Im Ruhrgebiet versichert man wahrscheinlich das Gegenteil, D. R.) Als im Laufe der Aussprache einige Betriebsräte gegen Koenen polemisierten und erklärten, daß keine Partei, also auch die KPD. nicht, in die Gewerkschaftsführung hineinzutreten habe, wurde von der Leitung vertändelt, daß im bevorstehenden Kampf nicht der Bergarbeiterverband die Führung haben dürfe, sondern daß die KPD. diese mit der Förderung nach einer 40prozentigen Lohnerhöhung an sich reißen werde. Steckt auch nichts dahinter, so nehmen sie doch den Mund recht voll, die „radikalen“ Wichtigtuer.

Das „blühende Osenfegergewerbe“.

Der Arbeitgeberverband des Töpfergewerbes sucht in letzter Zeit einen Mangel an Berufsangehörigen (Osenfeuern) festzustellen. Die Osenfegermeister werden aufgefordert, soviel wie möglich Lehrlinge einzustellen, um den angeblichen Mangel zu beheben. Es wird empfohlen, unter Leitung des Arbeitgeberverbandes Lehrwerkstätten in größeren Städten einzurichten. Öffentliche Mittel sollen dazu gefordert werden, weil es sich angeblich um volkswirtschaftliche Interessen handelt. Die älteren Leute sollen möglichst schnell einen Lehrkursus von 6-8 Wochen in diesen Lehrwerkstätten durchmachen. Es wird auf die Berichte der Landesarbeitsämter für Westfalen und Lippe hingewiesen, monach Arbeitskräfte im Osenfegergewerbe für diese Bezirke fehlen, da zu wenig Lehrlinge ausgebildet und eingestellt wurden, auch nicht genügend Meister für die Ausbildung vorhanden seien. Die Handwerkskammer in Münster macht die Handwerker darauf aufmerksam, daß es vorteilhaft wäre, Arbeitskräfte aus anderen Teilen Deutschlands heranzuziehen und anzulernen, da doch das Osenfegergewerbe ein blühendes Gewerbe sei.

Wie liegen die Verhältnisse? Nehmen wir zunächst die Zustände in Berlin. Im Jahre 1905 gab es in Berlin neben ca. 400 Arbeitgeber 3500 Osenfeger. Bis zum Ausbruch des Krieges war die Zahl der Selbständigen, der „Meister“, auf 500 gestiegen, während nur noch ca. 1800 Osenfeger beschäftigt wurden. War die Arbeitslosigkeit infolge der günstigen Konjunktur im Jahre 1905 gering, so wurden vom 1. August 1913 bis zum 1. August 1914 (Kriegs-

ausbruch) in der Hochabteilung für Osenfeger des Arbeitsnachweises der Stadt Berlin 145.851 arbeitslose Tage gezählt, d. h. durchschnittlich für jeden Berufsangehörigen 81 arbeitslose Tage im Jahr. Es blieben also nur 39 Arbeitswochen „für in Arbeit stehende“ Osenfeger. In der Nachkriegszeit verschlimmerte sich dieser Zustand. Die Zahl der Berufsangehörigen ging immer weiter zurück. Anfang des Jahres 1924 konnten in Berlin nur noch ca. 800 Osenfeger gezählt werden, während die „Meisterchaft“ eine mindestens ebenso hohe Zahl aufwies. Trotzdem im letzten Halbjahr 1924 die Bautätigkeit etwas einsetzte, war durchschnittlich jeder Osenfeger noch 103 Tage im Jahre ohne Beschäftigung. 1923 waren es sogar durchschnittlich 115 Tage. Eine ganz kurze Zeit, 4 bis 6 Wochen lang, bestand allerdings eine Nachfrage nach Osenfeuern. Es ist die Zeit, in der sich während der Ferien die Reparationsarbeiten sammelten. Diese vorübergehende Erscheinung macht sich übrigens in jedem Jahre bemerkbar. Die angeführten Zahlen ergeben, daß noch Tausende von Osenfeuern, die anpassungsfähig waren, in anderen Industriezweigen beschäftigt sind, und daß diese jederzeit bereit sind, wieder im alten Beruf zu arbeiten, wenn ihnen die Gewähr gegeben wird, nicht so häufig arbeitslos zu sein. Es ist von den Arbeitgebern unverantwortlich, die Öffentlichkeit durch unrichtige Darstellungen zu beeinträchtigen, um durch ein Mehrangebot von Osenfeuern, die Lage der Osenfeger noch mehr herabzudrücken. Bena auch die Osenfegerlöhne zuseht mit an der Spitze der Bauhandwerker gezählten Löhne stehen, so darf doch der Lohnausfall während der arbeitslosen Wochen nicht übersehen werden. Die Zustände in der Provinz ähneln denen in Berlin. Durch die zentrale Vermittlungsstelle für die Töpfer in Berlin wurde festgestellt, daß ein Bedarf an Arbeitskräften nur in der oben angegebenen Zeit vorhanden war, daß auch die in der Provinz wohnenden Osenfeger ähnliche arbeitslose Zeiten durchzumachen hatten. Es ist geradezu toll, das beispielsweise in der Briegnitz ca. 120 Töpfermeister existieren, während nur 15 Stellen notwendig beschäftigt werden können. Es muß dagegen protestiert werden, daß die Arbeitgeberorganisation öffentliche Mittel anfordern will, um einen Mangel an Arbeitskräften zu beheben, der gar nicht vorhanden ist.

In sozialer Hinsicht sind die Osenfegermeister wohl mit die reichständigsten. Trotz jahrelangen Verhandlungen ist es den Arbeiterorganisationen nicht möglich gewesen, ein Mitbestimmungsrecht in Betriebsfragen zu erhalten. Zentrale Verhandlungen in neuerer Zeit sind gescheitert. Wir möchten alle Eltern warnen, auf Grund dieser Zustände, ihre Söhne das Töpferhandwerk erlernen zu lassen. Wenn es trotzdem geheißen soll, so sollten sie sich unter allen Umständen mit der zuständigen Arbeiterorganisation in Verbindung setzen, damit sie die notwendigen Ratsschläge in Empfang nehmen können.

Werkmister und Arbeitszeit.

Der deutsche Werkmisterbund hielt am 1. Februar in Essen eine Versammlung des Bezirks Rheinland-Westfalen ab, in der 748 Schachtanlagen des Ruhrbergbaus vertreten waren. In der Arbeitszeitfrage verlangte die Versammlung sofortiges Inkrafttreten der Arbeitszeitverordnung vom 20. Januar 1925 und die ausdrückliche Anwendung der Bestimmungen auf alle Arbeitnehmer. Mit Einräufung wurde auf die Ablehnung des Schiedspruch vom 12. Januar 1925 durch den Reichsverband hingewiesen, der für alle technischen Bergbauangestellten eine Gehaltserhöhung von nur 10 Proz. vorschlug.

Wahltag 2. Febr. Jüttenstapel Die für heute angelegte Wahlversammlung wird umständlicher erst in nächster Woche stattfinden. Der Wahlkommission.

Wahltag 2. Febr. Jüttenstapel Die für heute angelegte Wahlversammlung wird umständlicher erst in nächster Woche stattfinden. Der Wahlkommission.

Wahltag 2. Febr. Jüttenstapel Die für heute angelegte Wahlversammlung wird umständlicher erst in nächster Woche stattfinden. Der Wahlkommission.

Wahltag 2. Febr. Jüttenstapel Die für heute angelegte Wahlversammlung wird umständlicher erst in nächster Woche stattfinden. Der Wahlkommission.

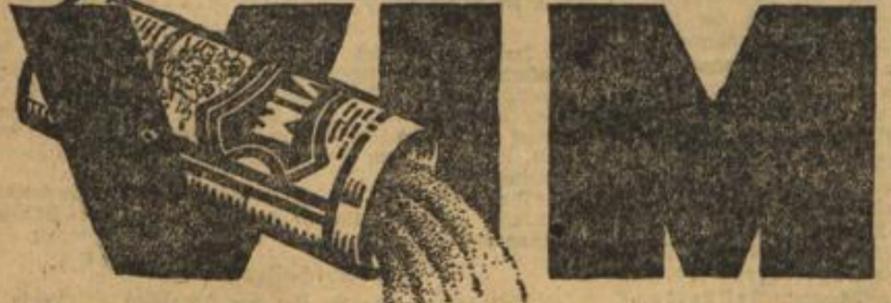
Wahltag 2. Febr. Jüttenstapel Die für heute angelegte Wahlversammlung wird umständlicher erst in nächster Woche stattfinden. Der Wahlkommission.

Musikanträge

Übergibt man nur dem Redakteur des Deutschen Musiker-Verbandes, Berlin O 27, Lindenstraße 17, Königshof 4310, Geschäftszeit 9-5, Sonntag 10-2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch.

Sophien-Säle

Sophienstraße 17-18. Norden 9296. Säle frei!



VIM

Das ideale Universal-Putz- und Scheuermittel!

VIM ist die wesentlichste Stütze jeder Hausfrau u ihres Personals bei der Instandhaltung des größten wie des kleinsten Haushaltes. Küche u Küchengeräte, Badewanne u Waschtisch, Messingbeschläge, Fenster, Holz- u Linoleumfußböden, Marmor u Fliesen, alles reinigt man hygienisch mühelos u schonend mit VIM

Jede Hausfrau macht den Versuch!

Alleinige Herstellerin:
SUNLICHT GESELLSCHAFT A-G.

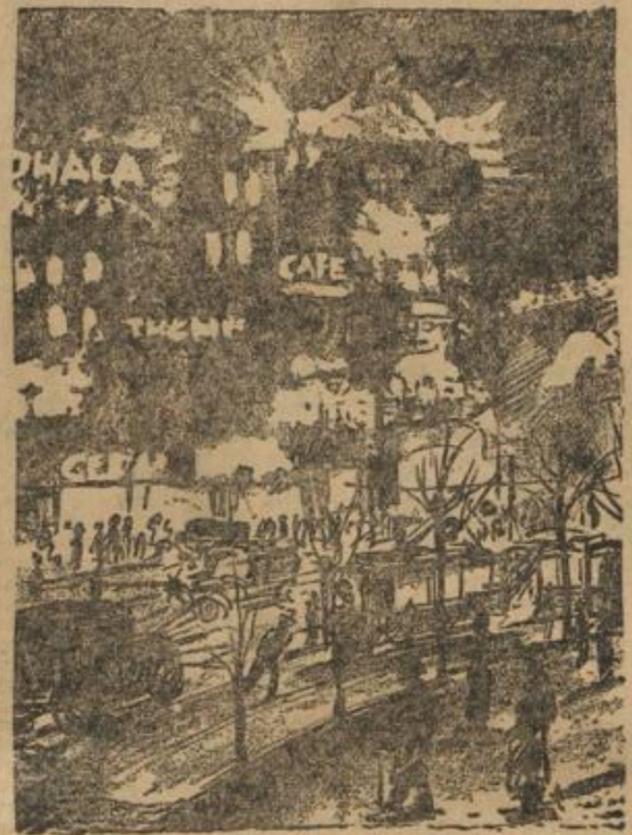
Das wiedererstrahlende Berlin.

Das Licht wurde von jeher für Reklamezwecke verwendet und hatte deshalb im geschäftlichen Leben schon immer große Bedeutung. Früher, als die Elektrizität noch nicht so Allgemeingut war wie jetzt, mußte die Gasbeleuchtung, die ja im Laufe der Jahre große Veränderungen erlebt hat, die Hauptrolle spielen. Um die Schaufenster nur einigermaßen zu erleuchten, mußte immer in jedem Hause eine größere Anzahl Lampen verwendet werden. Erst verhältnismäßig kurze Zeit vor dem Kriege nahm das elektrische Licht in den Geschäften immer mehr Platz ein und verdrängte nach und nach fast vollkommen die Gasbeleuchtung. Neben der unerlässlichen Beleuchtung der Schaufenster und Schaufflächen wurden auch mittlerweile an den Fronten der Häuser außer den üblichen runden Vogenlampen noch andere leuchtende Hinweise auf das Vorhandensein des Geschäftes angebracht. Die Aufschrift der Firma wurde entweder in senkrechter oder waagrecht Linie durch Glühbirnen weithin sichtbar als leuchtendes Signal verwendet. Diese Art Reklame bildete sich dann schnell weiter fort, und schon vor dem Kriege wurde in der Lichtreklame recht beachtliches geleistet. Das abendliche Straßenbild erhielt mit der Ausdehnung der Lichtreklame ein freundlicheres Aussehen als die Straße am Tage. Ich machte in einer Frühjahrsnacht des Jahres 1915 mit dem allen Berlinern bekannten Zeppelin-Luftschiff „Hansa“ eine Nachfahrt, die auch über Berlin führte. Damals hatte die gesamte Berliner Beleuchtung noch nicht unter den kriegerischen Verhältnissen zu leiden. Schon in einer Entfernung von etwa 100 Kilometern machte sich deshalb am nördlichen Himmel der Schein der erleuchteten Großstadt bemerkbar, bis schließlich die Stadt selbst mit ihren Tausenden und aber Tausenden von Lichtern erreicht war. Die Schönheit eines solchen Anblickes kann nur der ermessen, der ihn genossen hat. Als ich dann nach längerer Abwesenheit wieder einmal nach Berlin kam, war es dunkel. Die Lichtreklame sowie die Außenbeleuchtung der Schaufenster waren vollständig verboten, und die Straßenbeleuchtung war derart eingeschränkt, daß von einer Beleuchtung im wahren Sinne des Wortes kaum noch gesprochen werden konnte. Und in diesem Zustande lebte Berlin noch lange nach dem Kriege. Die Straßenbeleuchtung wurde inzwischen wohl stellenweise wieder etwas „verbessert“, aber leider zunächst nur da, wo an sich schon eine bessere Beleuchtung vorhanden war. Die Außenbezirke lagen noch lange nachher im tiefsten Dunkel. Nach und nach wurden die Verhältnisse wieder günstiger, bis dann endlich der Augenblick kam, der für Berlin der „Lichte“ genannt werden kann.

Die Lichterfronten.

Die Lichtreklame breitet sich im allgemeinen über die ganze Stadt aus, doch ist sie naturgemäß überwiegend in den Hauptverkehrsstraßen zu finden, von denen aber merkwürdigerweise auch außerordentlich besetzte Straßen bisweilen verschont geblieben sind. So ist sie z. B. in der Leipziger Straße nach Geschäftsschluß verhältnismäßig dünn; dagegen präsentiert sich die Friedrichstraße im vollsten Glanz. Bunt leuchtet es vom Anfang bis zum Ende der Straße, hauptsächlich aber von der Leipziger Straße bis zum Bahnhof. Hier sind es die Vergnügungsräucher, die in auffälligen Farben — z. B. rot und violett — in geschmackvollen Linien ihr Dasein kund tun. Auch viele der sonstigen dortigen Geschäfte haben die Lichtreklame in den Dienst gestellt. Eine leuchtende Reklame läßt eine Selbstreklame aus: Eine Selbstreklame ergiebt ihren Inhalt in ein Glas. Man sieht, wie der Rebenjost aus dem Flaschenhalse fließt und im Glase aufsteigt. Die Umrisse der Flasche und des Glases sowie der „perlende Sekt“ sind Glühbirnen in natürlichen Farben der dargestellten Teile. Die Lichtspielhäuser glauben der Art ihres Unternehmens am besten dadurch zu dienen, daß sie fast ohne Ausnahme sich ganz besonders der Lichtreklame bedienen. Ein Kino in der Nähe des Bahnhofes Zoo hat z. B. eine Beleuchtung seiner Front durch etwa 1000 Glühbirnen vorgenommen und daneben noch zum großen Teil die Umrisse des Gebäudes in bläulicher Linie beleuchtet. Die hier erzielte Farbwirkung ist außerordentlich reizvoll. Ein anderes Kino, in der Potsdamer Straße, zeigt dem Straßenwandler ebenfalls schon von weitem seine Anwesenheit. Große,

fast ähnliche Gebilde sind rings um das Haus angebracht und mit rotem Licht erfüllt. Außerdem wird noch rotes bengalisches Feuer unter starker Rauchentwicklung unterhalten, so daß auch hier außerordentlich wirkungsvolle Lichteffekte erzielt werden. Früher war wohl neben der Friedrichstraße der Potsdamer Platz das Zentrum der Lichtreklame; alle Neuerungen waren hier zuerst zu sehen. Jetzt sind dort an einem Hause umfangreiche Bauarbeiten im Gange, um die ganze Front dieses Hauses für die Lichtreklame zu erhalten. In Höhe jedes Stockwerkes ist in ganzer Frontausdehnung eine große Fläche angebracht, die hierfür verwendet werden soll. Ein anderer Platz steht ebenfalls völlig im Banne des elektrischen



Lichteffekte am Nollendorfplatz.

Platzes: der Nollendorfplatz. Weithin ist der Glanz des auf ihm erstrahlenden Lichtes zu sehen, das den abendlichen Himmel fast blutrot färbt. Hier kann man, ebenso wie am Potsdamer Platz, die neue Wanderschrift betrachten, die auf dem Gebiete der Lichtreklame das neueste darstellt und auch zweifellos auf den Straßenwandler große Anziehungskraft ausübt. Ein großes rechteckiges Feld mit elektrischen Glühbirnen ist das Meistere. Roth und nichtrot ist es am Tage anzusehen, ohne dem Vorübergehenden seine wahre Bestimmung auch nur anzudeuten. Wenn die Anlage in Tätigkeit ist, schieben sich von rechts nach links die lateinischen Schriftzeichen, zu Worten aneinandergerückt, durch das Campenfeld. Natürlich ist diese Reklame von vielen Unternehmungen schon stark in Anspruch genommen. Eine große Berliner Zeitung, die sich ebenfalls dieser Reklame bedient, verleiht durch die Wanderschrift die neuesten Zeitungsnummern. Durch diese Reklame wird zweifellos die schon vor dem Kriege entstandene Wechselschrift, die an vielen Stellen zu sehen ist, in der Wirkung stark zurückgedrängt.

Wechselspiel der Farben.

Die am obengenannten Platz befindlichen Kinos wechsellern ebenfalls im Abdringen immer neuer Lichteffekte. Am Gebäude des „Theaters am Nollendorfplatz“ befinden sich reizende Farbenspiele, und außerdem wird jetzt häufig noch eine ganz besondere Beleuchtung des Hauses vorgenommen: auf den Seitenfronten wird rotes und grünes Licht gebrannt das besonders an regnerischen, nebligen Abenden einen schönen Anblick bietet. In der Nähe, Regstraße, befindet sich vor einem Variététheater eine schon von weitem sehr auffällende Reklame: wie eine Kaskade läuft ein roter Strahl elektrischen Lichtes empor, biegt dann nach unten und zerfällt schließlich, ebenfalls wie eine Kaskade, in viele bunte Teile, die sich wie fallende Sterne fortbewegen. In der Mitte erscheint dann als Abdruck in weißer Schrift der Name des Theaters. Die ganze Prozedur dauert natürlich nicht so lange, wie diese Beschreibung zu lesen Zeit in Anspruch nimmt. Eine andere, sehr gut wirkende Lichtreklame wird durch die Schrift erzielt, die nicht den ganzen Buchstaben mit Glühbirnen ausfüllt, sondern nur die Umrisse blendendweiß aber tiefrot leuchten läßt. Das tiefrote Leuchten wird durch Neon-Gas erzielt, durch das ein Strom von 1000 bis 2000 Volt Spannung geschickt wird. Auch die aus Glasröhren gebogenen Schriftzeichen erzielen auffällige Wirkungen. Der „Vorwärts“ bedient sich neuerdings ebenfalls dieser Art Reklame. Am Hause des Pressedruckers, am Belle-Alliance-Platz, in Höhe des 5. Stockes, leuchten aus des Abends in blutroten Lettern die vertrauten Züge des Wortes „Vorwärts“ entgegen. Zur Beleuchtung des Straßenbildes dienen nicht zuletzt auch die neuen Reklameformen sowie die Straßenbahnhaltestellen. Besonders in dunkleren Gegenden sieht es recht freundlich aus, wenn in die Nacht die elektrisch beleuchteten Reklambilder hineinleuchten. Selbstverständlich ist es, daß jetzt auch wieder in den Geschäften von der Anziehungskraft des Lichtes rotester Gebrauch gemacht wird. Die Schaufenster werden blendend hell erleuchtet und dort, wo recht bunte Stoffe zum Verkauf gelangen, bedient man sich häufig kleiner Scheinwerfer, die besonders in den Stunden nach Ladenschluß, wenn die Beleuchtung nicht mehr so intensiv ist, lebhafte Farbenspiele erzeugen.

Die Frage, welche Unsummen von Geldern für die Lichtreklame verwendet werden, und ob sie auch einen Erfolg im Verhältnis zu den Unkosten erreichen, kann leider nicht beantwortet werden, weil nichts in Erfahrung gebracht werden konnte.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß Berlin bald wieder sein altes Aussehen erhalten wird. Das Bild des Stadtbildes und im Westen ist zweifellos jetzt schon bedeutend freundlicher als vor dem Kriege, weil sich hier eben die Lichtreklame in der Hauptrolle konzentriert und weil auch die Beleuchtung der Straßen eine wesentlich bessere ist als in den Außenstadteilen. Es ist aber wohl zu hoffen, daß sich die Stadtämter bald darauf besinnen werden, daß die Einnahmen der Stadt nicht nur aus den genannten Bezirken fließen, in denen abends und nachts geradezu eine Lichterschwendung getrieben wird, sondern daß der überwiegende Teil der Steuergelder in den Vierteln wohnt, die von jeher als Steuerverderber behandelt wurden.

Die verschönerte Stadtbahn.

Die Stadtbahn verschönert sich. Neue Bogen werden in den Verkehr gestellt, die alten werden neu lackiert und auch sonst wieder in Ordnung gebracht. Jetzt beginnt man damit, wieder die Gardinen an den Fenstereisen anzubringen, die belannten derben Gardinen aus dunkelgelbem Drell. Während des Krieges wurden sie bekanntlich von den Fenstern genommen, weil lebenswichtige Mitbürger die Gardinen stahlen und zu Hause allerhand Vermeidung für den Stoff hatten. Auf den Gardinen war neben dem Reichsadler und der Krone eingedruckt: K. P. E. B., d. h. königlich preussische Eisenbahnverwaltung. Nun hat man die alten Gardinen aus den Schuppen und Schränken, in denen man sie so lange verwahrte, herbeigeholt, und es sieht natürlich wieder K. P. E. B. auf ihnen neben Adler und Krone. Daß man aus Sparmaßregeln die alten Gardinen, die noch gut und brauchbar sind, aufs neue verwendet, dagegen läßt sich nichts sagen. Wie aber diese sehr natürlichen Zeichen heute unnatürlich genug gedeutet werden, dafür ein Beispiel. In der Stadtbahn sieht ein biederes Ehepaar. Ihr fallen die neu angebrachten Gardinen auf und sie machen den Gatten darauf aufmerksam. Der läßt die Gardine prüfend durch die Finger gleiten, entdeckt dabei die Buchstaben K. P. E. B., sein Gesicht strahlt und er sagt: „Siehst du, die Eisenbahn weiß wenigstens, wo es lang geht!“

Der Apfel der Elisabeth Hoff.

11] Von Wilhelm Hegeler.

Unruhig sprang er auf. Als er wieder vor den Spiegel trat, erschrak er vor der Blässe seines Gesichts, in dessen Falten und Rinnen Schweiß glänzte. Daß es ihn so mitgenommen hatte!

Einem Vaien wäre der Gedanke, daß der Stich eines so winzigen Tieres Krankheit und Tod verursachen könnte, vielleicht lächerlich erschienen. Er aber befand sich in der Lage, daß der Feind, den zu bekämpfen sein Beruf war, ihn überfallen hatte, und er kannte dessen Gefährlichkeit und die Ohnmacht der Wissenschaft gegen ihn. Beispiele anderer Aerzte, die auf ähnliche Weise umgekommen waren, kamen ihm in den Sinn. Er fühlte das Bedürfnis, sich mit einem Kollegen auszuproduzieren — aber wozu? Prophylaktische Mittel gab es nicht, es hieß abwarten. Abwarten und einen kühlen Kopf bewahren.

Schließlich, wie lag der Fall? Daß die Gans den infizierten entstammte, war ja nicht sicher, wenn auch wahrscheinlich... zu neunzig Prozent wahrscheinlich. Aber darum brauchte sie doch noch nicht die Krankheit herbeizurufen. Das ergab schon wieder nur zwanzig bis dreißig Prozent zu seinen Gunsten. Und schließlich, wenn er erkrankte, mußte er darum doch nicht gleich sterben. Alles in allem war die Wahrscheinlichkeit des Todes nicht größer als die des Lebens. Warum, also das Kopfzerbrechen!

Eine Welle gelang es ihm, seine ganze Aufmerksamkeit auf das Mikroskop zu sammeln. Arbeit war doch das einzig Vernünftige! Vom Arbeitstisch abgerufen werden wie sein Meister... Wohl war es eine sonderbare Vorstellung, so unersetzliches seine Tätigkeit aufgeben und einem anderen den Platz räumen zu lassen. Aber der Bestürzung und Auflehnung stellte er die ruhige Erwägung entgegen, daß menschliches Schicksal nicht anders sei. Er durfte sich sagen, seine Fähigkeiten nach besten Kräften genutzt zu haben. Er war seines Meisters Schüler gewesen, nicht selbst Meister. Sein Verlust würde keine große Lücke bedeuten. Er konnte ruhig dem Tode entgegensehen.

Aber im selben Augenblick dachte er an Elisabeth und die Kinder, und fühlte, wie das Scheiden aus diesem Bezirk seines Lebens das gewalttätige Zerreißen eines lebendigen Gebildes bedeutete und wie eine Flut weher und welcher Gefühle den klaren Ablauf seiner Gedanken zu verschütten drohte.

Aber als wäre es unziemlich, sich von diesen Empfindungen überwältigen zu lassen, erwog er die materielle Lage, in die seine Familie durch seinen Tod kommen würde. Von der Witwenpension und den Zinsen des kleinen Vermögens konnte sie nicht leben. Aber zum Glück besaß er noch eine wertvolle exotische Sammlung. Nur durfte sie nicht verschleudert werden. Er ging die Reihe seiner Freunde durch, wenn er diese Angelegenheit anvertrauen konnte. Und wieder fühlte er, noch stärker als vorher, das Bedürfnis, sich auszusprechen, Elisabeth sein Mißgeschick anzuvertrauen, sich von ihr trösten zu lassen. Das Verlangen nach ihrer Nähe überfiel ihn, der Wunsch, den Arm um ihren Leib zu schlingen und sich von ihrem Lebensstrom durchdrinnen zu lassen, der seinem so weisensverwandelt war, als ginge dieselbe Blutbahn durch ihrer beider Körper, und die Stimme laut werden zu lassen, die in ihm sprach: von allem kann ich scheiden, aber zu denken, daß ich dich verlassen soll, fehlt mir der Mut.

Aber wenn seine Befürchtungen nun auf Einbildung beruhten? Dann hatte er ihr umsonst Tage der Sorgen und schlaflose Nächte gemacht. Wenn die Gefahr vorüber war, konnte er mit ihr sprechen; jetzt an ihr eine Stütze zu suchen, schien ihm unmännliche Schwäche. In der Stille für den schlimmsten Fall die nötigen Vorbereitungen treffen und im übrigen ruhig abwarten — war seiner Gedanken letztes Ergebnis. Mit diesem Voratz setzte er sich wieder ans Mikroskop.

Als einige Stunden später Elisabeth in sein Arbeitszimmer trat, noch in der Straßenseite, den Hut auf dem Kopf, sah er in tiefem Nachdenken. Sie kam rasch und fröhlich auf ihn zu. Ihre Wangen waren gerötet, an ihrem Busen war ein dickes Bündel Beilchen befestigt, aber stärker als deren Duft war der Hauch von süßer, frischer Luft, von fröhlicher Erregung, den ihr ganzes Wesen verbreitete.

„Darf ich?“ fragte sie und rückte mit ihrem Stuhl dicht an seinen.

„Immer darfst du,“ erwiderte er, von ihrer Erscheinung wohlgeuhrt. „Wie das alles bei dir läuft!“

„Von Kopf.“ Er hat mir tüchtig den Hof gemacht.“

„Nicht die Beilchen meine ich. Die Rosen hier und hier.“

Dabei drückte er Küsse auf ihre Lippen und Wangen.

„Du Liebster!“ Wie der verdichtete Hauch ihres innersten Herzens drängten die Worte, halb geflüstert, heroor; einen Augenblick hielt sie seinen Mund auf ihrem fest, in durstiger Zärtlichkeit. Dann seinen Kopf ein wenig von sich abhaltend, sagte sie in scherzend unwirklichem Ton: „Du, wie ich mich

gefrennt habe, dein schauderhaft ernstes, dummes Gesicht wieder zu sehen —“ Aber während unmerklich ihr Köcheln in Besorgnis überging: „Blah siehst du aus! Ist dir was? Will's nicht mit der Arbeit? Hast du auch ordentlich zu Mittag gegessen? Hat Luise dir auch rechtzeitig den Kaffee gebracht?“

„Luise hat mir rechtzeitig den Kaffee gebracht. Ich habe sehr ordentlich zu Mittag gegessen. Und mit der Arbeit geht's nach Wunsch.“

„Aber blah siehst du trotzdem aus. Srgendwas ist dir.“

„Nichts. Wirklich nichts,“ lächelte er.

„Es wird dir gut tun, wenn du mal herauskommst. Wie gefällt dir denn Kysed?“

„Wie kann ich das nach dem süchtigen Eindruck sagen?“

„Er ist ein ganz sonderbarer Kerl. Eigentlich ein großes Kind. Von allem, was er ergreift, selbst ganz ergriffen. Zuerst konnte er gar nicht los von deinen Kulturen und malte mir aus, was er damit machen würde. Ein Glück, daß solch eine Macht über Leben und Tod in die Hände eines so grundanständigen Menschen, wie du bist, gekommen wäre, sagte er. Er zum Beispiel wüßte nicht, ob er nicht fähig wäre, eines Tages ein paar zuwidere Menschen damit ins Denkeits zu befördern oder einem ganz Gleichgültigen eine Gans in die Kleider zu praktizieren, aus reiner Reugierde, was daraus würde.“

„Aber das ist ja widerlich!“

„Habe ich ihm auch gesagt. Aber es reizte ihn förmlich, sich die unmöglichsten Geschichten auszumalen, wie ein Selbstmörder sich mit sechsterlei Giftstoffen auf einmal impft und dann abwartet, welcher zuerst wirkt.“

„Das scheint ja eine liebliche Unterhaltung gewesen zu sein.“

„Natürlich hat er nicht nur davon gesprochen. Wir sind die Bänken heruntergebummelt und waren dann in verschiedenen Antiquitätenläden. Da war er zu komisch. Wenn ich nicht gewesen wäre, hätte er sich im Handumdrehen die unmöglichsten Fälschungen aufhängen lassen. Geschmaad hat er keine Spur — oder doch, ja, Geschmaad hat er schon, nur ist er nicht wählerisch genug, gleich geht die Phantasie mit ihm durch.“

„Kennst du ihn eigentlich näher?“

„Er hat doch einen Sommer lang bei uns verkehrt.“

„Ich kann mich gar nicht mehr besinnen, daß du mit von ihm geschrieben hast.“

(Fortsetzung folgt)

Neuerungen im Pafswesen.

Der Reichsinnenminister hat vor einiger Zeit in einer Abänderung der Pafsvorschriften den Sichtvermerkszwang für Reichsangehörige allgemein beseitigt, für Nichtreichsangehörige mit Wohnsitz oder dauerndem Aufenthalt im Inland den Ausreisefichtvermerkszwang wesentlich abgeschwächt. Infolgedessen hat der preussische Minister des Innern gleichfalls eine Reihe von Abänderungen auf dem Gebiete des Pafswesens getroffen, aus denen wir folgendes wiedergeben:

In Fällen, in denen den Pafsgesuchen offenbar unüberlegte und aussichtslose Auswanderungsabsichten zugrunde liegen, oder in denen die Vermutung begründet ist, daß die Gesuchsteller unter Einflüssen einer gemeinschaftlichen Verdeliktlichkeit stehen, ist alsbald mit der nächsten Auswandererberatungsstelle in Verbindung zu treten, damit diese vor der Ausfertigung des Pafses beratend auf die Gesuchsteller einwirken kann. Zugleich soll in solchen Fällen dem Gesuchsteller dringend angeraten werden, von der Stellung des Pafsintrages im Interesse der Unkostenersparnis abzusehen, bis er sich nach Einholung sachkundigen Rates schützlich geäußert hat, ob er bei seinem Auswanderungsvorhaben verbleiben will. Beharrt der Gesuchsteller auf seinem Antrag, so muß der Paf ohne weiteres ausgestellt werden. Politischen Vereinigungen ist die Ausstellung von Sammelvisen als Pafserfordernis und gegebenenfalls die Erstellung von Sammelvisenmerkmalen in der Regel zu versagen. Ebenso ist die Ausstellung von Sammelvisen zu versagen, wenn bei gemeinschaftlichen Reisen von Reichsangehörigen zu befürchten ist, daß durch ihr Verhalten, z. B. mittellose wandernde Jugendgruppen, das deutsche Ansehen im Ausland gefährdet wird. Bei Einreise erholungsbedürftiger Kinder ins Ausland bereitet der Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“, e. V., in Berlin W. 9, Potsdamer Straße 134a, die Sammelvisen vor. Zuständig für die Zulassung dieser Visen als Pafserfordernis und gegebenenfalls für die Erstellung der Sammelvisenmerkmale sind ohne Rücksicht darauf, ob die Kinder in Preußen oder in einem anderen deutschen Lande ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben, der Polizeipräsident in Berlin und, soweit es sich um Transporte nach Holland handelt, die Regierungspräsidenten in Denabrad und Düsseldorf, für Transporte in die Schweiz der Regierungspräsident in Merseburg.

Falsche Rentenmarkscheine.

1000 M. Belohnung für Aufdeckung einer Falschgeldwerkstätte.

Falsche Rentenmarkscheine zu 1 Mark wurden, wie wir bereits einmal mitteilten, in der letzten Zeit viel auf der Straßen- und Untergrundbahn, im Omnibus und in Lokalen ausgegeben. Jetzt ist es zum erstenmal gelungen, einen Betreiber dieser Fälschungen festzunehmen.

Die falschen Scheine dieser Art sind im allgemeinen gut nachgemacht, an der scharfen Randung aber der Ringe und Kreuze im Wasserzeichen doch zu erkennen. Ihre Nummern beginnen alle mit D 014... oder F 014... Gestern gab ein Kaufmann E. im Warenhaus Wertheim u. a. 7 Einmarkscheine in Zahlung, die an den angegebenen Merkmalen als falsch erkannt wurden. Die Falschgebediensten der Reichsbank wurde benachrichtigt und nahm E. ins Gebet. Es ergab sich, daß er die Scheine in gutem Glauben von einem Schuhmacher D. in der Linienstraße angenommen hatte. Dieser wieder hatte 200 Stück von einem Schlichter Mar. Schlotzky, der früher Schneider war, als Darlehen erhalten. Schlotzky wurde ermittelt und festgenommen. Er kann sich über den Erwerb nicht ausweisen und behauptet nur, daß er sie von einem unbekannten Manne erhalten habe, was zweifellos nicht stimmt. Mitteilungen zur weiteren Aufklärung nimmt Kriminalkommissar von Liebermann in der Kurfl. 49 entgegen. Auf die Ermittlung einer jeden Falschgeldwerkstatt hat die Reichsbank eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Der Streit um die Portierwohnung.

Vor dem Potsdamer Miettschöffengericht klagte eine Potsdamer Hausbesitzerin gegen ihren Portier auf Räumung der Wohnung. Seit Jahren verließ die Frau des Verklagten die Hausreinigung. Einmal Tages fanden die Reinigungsgewerke vor der Haustür und jeder weitere Hausdienst wurde abgelehnt. Die Klägerin kündigte nun dem Ehepaar die Wohnung, aber dieses weigerte sich auszuziehen. Vor dem Miettschöffengericht machte die Portierfrau geltend, daß ihr Mann an jedem Ersten pünktlich die Miete bezahlt habe. Die Reinigung und die Auslagen würden mit ihr verrechnet. Ihr Mann betrachte sich als einfacher Mieter und nicht als Portier. Die Klägerin wandte hiergegen ein, daß dieser Mann nur ein „Anhängel“ der Portierfrau sei, und sie verlange die Wohnung für die neuen Portierleute. Das Miettschöffengericht wies die Klage ab, denn wenn für eine Wohnung Miete gezahlt werde, könne sie nicht als Portierwohnung bezeichnet werden.

Denk an die Schwerebeschädigten.

Die folgende Zuschrift, die eine wertvolle und beachtenswerte Anregung enthält, geht uns aus Kriegsbeschädigtenkreisen zu: In der Abendausgabe vom 28. Januar brachte der „Vorwärts“ unter der Ueberschrift „Siedlungsgenossenschaft Wittenau“ eine Notiz, nach der in zwei musterhaften Gebäuden vorzügliche Wohnungen bei Anzahlung von 2000 M. und monatlicher Miete von 47 M. erhältlich sind. Ist die Miete für einen Arbeiter und Kriegsbeschädigten schon hoch, so wird aber die Anschaffung einer solchen Wohnung wegen der Anzahlung fast unmöglich gemacht. Wohl könnten einige Kriegsbeschädigte ihre Rente kaputtieren lassen. Aber die meisten Schwerebeschädigten über 50 Proz. Erwerbsunfähigkeit werden diesen Weg nicht einschlagen können, denn sie benötigen ihre Rente zum Lebensunterhalt. Besonders schwierig ist es aber für Schwerebeschädigte und Arbeitsunfähige, die im Fortbewegen auf den Krankentrakt angezogen sind, eine geeignete Wohnung zu finden. Bedenken doch für diese hilflosen Stufen, Treppen oder zu enge Eingänge zu den Wohnungen oft Schwierigkeiten, die der Besondere gar nicht bemerkt. Architekten, Baumtnehmer, insbesondere im gemeinnützigen Interesse arbeitende Baugesellschaften, die dieser Angelegenheit Verständnis entgegenbringen, würden sich vielen Dank erwerben, wenn sie bei Neubauten, insbesondere in ruhigen Vororten mit guten Straßenverhältnissen, geeignete Wohnungen vorziehen würden. Etwas Stufen zu den Hauseingängen würden sich durch Anordnung des Vorplatzes überwinden lassen. Derartige Wohnungen könnten durch Wohlfahrtsbehörden sowie durch Gemeinde- und Fürsorgeschwestern vermittelt werden.

Sehr wünschenswert wäre es, wenn Staat und Gemeinden für körperlich schwerbehinderte Personen entsprechende Wohnungen ohne Anzahlung und zu erschwinglicher Miete beschaffen würden. Es wäre dann manchem Schwerebeschädigten eher möglich, ein eigenes Heim zu gründen.

Die gefälschten Eintrittskarten zum Boxermeeting.

Von Urkundenfälschung zur Erpressung und Meineid.

Es hatte seinerzeit nicht geringes Aufsehen erregt, als die Verwaltung des Berliner Sportpalastes feststellte, daß bei großen Vorkonzerten in großer Zahl sehr geschickt gefälschte Eintrittskarten verwendet worden waren. Die Spuren führten schließlich zu einem gewissen Dannenhann als dem Hauptverbreiter der Fälschungen zurück. Vor dem Schöffengericht hatte Dannenhann bestritten, daß der Druck der Karten durch ihn veranlaßt worden sei. Er hatte wegen Urkundenfälschung 8 Monate Gefängnis erhalten.

In der Berufungsverhandlung hoffte er durch Preisgabe des Truders eine Herabsetzung der Strafe zu erzielen. Er nannte den Buchdrucker Robert Schulz. Die Strafkammer gab daraufhin die Akten zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen Schulz an die Staatsanwaltschaft ab. Dannenhann wurde auch vom Untersuchungsrichter vorgeladen. Am Tage vorher erschien er Schulz bei ihm und überredete ihn unter Versprechungen, seine Angabe zu widerrufen, was Dannenhann auch tat. Dannenhann suchte in der Folgezeit den Liebesdienst, den er Schulz geleistet hatte, zu Erpressungen auszunutzen. Er drohte ihm mündlich und schriftlich mit Zuchthausstrafen und verlangte 1000 M. Es gelang ihm auch, mehrfach Geldbeträge zu erpressen. Seine Widerstände in den verschiedenen Auslagen brachten ihm statt der erhofften weiteren Einkünfte aus dem Erpressungsgeschäft seine Verhaftung und die Anklage wegen Meineids und Erpressung. Das Schwurgericht kam auch zu einer Verurteilung des Angeklagten wegen Meineids und Erpressung. Der Angeklagte habe sich, so hieß es in der Urteilsbegründung, mit seiner Frivolität über die Eidesschwörung hinweggesetzt. Die Erpressung wurde vom Gericht wesentlich milder beurteilt, da er in Rot gehandelt habe. Das Urteil lautete auf zwei Jahre drei Monate Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. Schulz wird demnächst vom Schöffengericht wegen schwerer Urkundenfälschung und Verleitung zum Meineid in zwei Fällen abgeurteilt werden.

Der Demnawiger Mörder noch weiterer Morde verdächtig?

Der Demnawiger Mörder Otto Krause, der den jungen Erich Fannide aus Dessau umbrachte, um ihn seiner Papiere zu berauben, nachdem er im Mai v. J. in Leipzig ein 15jähriges Mädchen namens Beber ermordet hatte, ist noch weiterer Verbrechen verdächtig. In den Angaben Krauses über seinen Aufenthalt vor und nach dem Demnawiger Mord befindet sich nun eine große Lücke gerade in der Zeit, in der ein junges Mädchen, die 21 Jahre alte Elise Kranz aus Treuenbriehen, verschwunden ist. Wie die Ermittlungen erobten, besuchte sie Kranz am 20. November v. J. die amtliche Arbeitsvermittlungsstelle in Überbrog. Sie erhielt auch eine Stelle zugewiesen, hat sie aber nicht angenommen. Die Leiterin der Vermittlungsstelle beobachtete vom Fenster aus, daß sie sich auf der Straße mit einem jungen Mann traf. Das ist aller Wahrscheinlichkeit nach Krause gewesen. Das Mädchen ist seit der Zeit spurlos verschwunden und hat selbst zur silbernen Hochzeit ihrer Eltern nichts von sich hören lassen. Verdächtig ist auch, daß Krause bei allem, was man ihm sonst außer den beiden eingeurteilten Morden vorhält, ganz ruhig bleibt, aber sofort aufgeregter wird, sobald man auf die verschwundene Elise Kranz zu sprechen kommt. Es besteht der dringende Verdacht, daß er auch sie ermordet hat. Mitteilungen, die nach dieser Richtung Aufklärung bringen können, nehmen Kriminalsekretär Smeitons im Berliner Polizeipräsidium und Oberstaatsanwalt Pfaffe in Potsdam entgegen.

Schwerer Unfall bei einer Filmaufnahme.

Ein schwerer Unfall ereignete sich Montag nachmittag in dem Atelier der Trianon-Gesellschaft in Grunewald, Königsweg 148. Der Bühnenmeister der Gesellschaft, Albert Thieslad, wurde durch einen 10 Zentner schweren herunterstürzenden Kronleuchter schwer verletzt. Die Wilmersdorfer Feuerwehr leistete dem Schwerverletzten die erste Hilfe. Er wurde in das Krankenhaus Westend übergeführt.

Ein tapferer Kassenbote.

Ein schwerer Raubüberfall wurde dieser Tage auf dem Turm des Hauses Am Köllnischen Park 4 auf den Kassenboten Hadislaus Starzed bei der in demselben Hause befindlichen Firma Jakobsohn verübt, aber durch das tapferere Verhalten des Boten, trotzdem er dadurch in Lebensgefahr kam, vereitelt. Die Firma Jakobsohn fandte um 9 1/2 Uhr ihren Boten Starzed aus, um Geld zur Lohnzahlung einzuziehen. Der Boten erhielt von einer Firma in der Kommandantenstraße 10 000 Mark in Eintausendmarktscheinen. Diese ließ er auf der Zweigstelle der Deutschen Bank am Spittelmarkt in Kleingeld umwechseln, das er in seine Aktentasche steckte. Mit der Tasche unter dem Arm ging er jetzt nach Hause. Als er gegen 10 1/2 Uhr den Hausflur betrat, warf ihm ein größerer Mann Pfeffer in die Augen und verpackte ihn einen Boghie d auf den Kopf. Zu gleicher Zeit griff ein kleinerer Mann nach seiner Aktentasche. Als Starzed sie festhielt, bekam er von dem größeren noch einen Schlag auf den Kopf und von dem kleineren einen wichtigen Tritt gegen den Oberschenkel. Dagegen ließ er hin, hielt aber trotzdem die Tasche fest. Als nun auf seine

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 3. Februar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—4 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle).
6.40—7.30 Uhr abends: Hans-Brodow-Schule. (Abteilung Bildungskurse). Literatur und Kunst. 6.40 Uhr abends: Professor Oolson: Französische Literaturgeschichte (in französischer Sprache).
7.10 Uhr abends: Theodor Kappstein: „Deutsche Klassiker“. 2. Vortrag: Goethe. 1. Teil: Die Persönlichkeit. 7.30 Uhr abends: Vortrag Dr. Richter: „Was versteht man unter ärztlicher Kosmetik?“. 8 Uhr abends: Theatervorstellung (Theodor Kappstein). 8.30 Uhr abends: Mendelssohn-Abend. Dirigent: Otto Urack. 1. Ouvertüre zu „Ein Sommernachtstraum“. 2. Violinkonzert E-Moll (Konzertmeister Maurits van den Berg). 3. Schottische Sinfonie A-Moll. Das Orchester besteht aus Mitgliedern des Berliner Philharmonischen Orchesters. Anschließend: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theaterdienst.

fortgesetzten Hinferte Leute dazu kamen, ließen die Räuber von ihm ab und entließen ohne Beute. Hoffentlich bleibt das mäßige Verhalten des treuen Boten, der seiner Firma das G. B. gerettet hat, nicht unbefolgt.

Der Mord in der Elisabethstraße.

Von langer Hand vorbereitet.

Das Verbrechen in der Elisabethstraße 64, dem die Kriegswitwe Johanna Zmuda zum Opfer fiel, ist jetzt völlig aufgeklärt. Der Täter, der 37 Jahre alte aus dem Elbich stammende Sektierer Anton Grebel mit den Spitznamen „der polnische Toni“, „Supp“ und „Arthur“, behauptete in den Verhören, daß Frau Zmuda ihn aus Eifersucht bei ihrer Heimkehr abends um 11 Uhr beschimpft und mit einem Beile bedroht habe. Das habe ihn in Wut versetzt und veranlaßt, ebenfalls zu einem Beile zu greifen und sie niederzuschlagen.

Die Mordkommission stellte aber fest, daß Griebel Sachen der Ermordeten geraubt und verkauft hatte, und daß Griebel sie schon 14 Tage vor dem Verbrechen für eine künftige noch unbestimmte Zeit zum Kauf angeboten hatte. Er mußte unter der Wucht des Beweismaterials zugeben, daß er die Absicht hatte, falls das Verbrechen erst später entdeckt wurde, noch wiederholt in die Wohnung zurückzukehren, um auch die übrigen Sachen, darunter die Nähmaschine, die er ebenfalls bereits angeboten hatte, abzugeben und den Kaufinteressenten auszuliefern. Als Frau Zmuda spät abends nach Hause kam, ergriff er zunächst das eine Beil und dann, als dieses vom Stiele sog, das zweite. Nach den ersten drei Schlägen brach die Frau zusammen. Schon diese drei Hiebe hätten zum Tode führen müssen. Die Frau raffte sich aber doch noch einmal auf und kletterte sich ans Fenster, um nach Hilfe hinauszurufen. Nachdem sie bereits wieder zusammengebrochen war und mit dem Gesicht auf dem Fußboden lag, schlug der Mörder noch dreimal wuchtig zu. Um ganz sicher zu sein, daß er sie nicht noch lebend zurücklasse, schnürte er ihr endlich mit dem zusammengebrochenen Handtuch den Hals zu. Dann wusch er, so gut er konnte, im Zimmer das Blut auf, säuberte sich selbst, nahm die Sachen, soviel er unauffällig tragen konnte, aus den Schränken und ging weg. Für seinen Raub bekam er 26 M. Er setzte sie sofort in Aktahol um.

Der Landesverband Berlin im Reichsverband der Zahnärzte Deutschlands hatte in seine den wissenschaftlichen, fachlichen und organisatorischen Verhandlungen gemündeten Tage am Sonntag im Esplanadehotel einen Gesellschaftsabend einberufen, der Bela Arst de Padilla, Jaro Dworkin (Berliner Staatsoper) und Josef Danegger (Wiener Burgtheater) auf das Podium brachte. Die herrliche Kraft, der überströmende Glanz der beiden Sängerepaare waren fast zu groß für den Saal, der die Erlesenen bei weitem nicht füllte. Das Duett aus „Madame Butterfly“ entsetzte Beifallsstürme. Danegger kam ganz akklimatisiert: Schiller und Goethe, und holte alle Effekte, die etwa in den „Kranichen des Ibis“ liegen, heraus. Ein Abend voll von harter künstlerischer Anregung und Bedeutung.

Eisenbahnunfall zwischen Frankfurt a. d. O. und Järfenwalde.

In der Nacht vom Sonntag zum Montag, 1 Uhr früh, fuhr auf der Strecke Frankfurt a. d. O.—Berlin zwischen Werkenbrück und Briesen in der Mark der Elbichzug 6203 auf einen Personenzug 235 infolge Ueberfahrens des Blocksignals. Eine Reisende (Frau Anna Hejnitz aus Frankfurt a. d. O.) ist leicht verletzt worden. Durch Entzündung der Gasbehälter sind mehrere Personenwagen in Brand geraten und zerstört. Das Gleis Berlin-Frankfurt wird an der Unfallstelle etwa 12 Stunden wegen Wiederherstellung des beschädigten Gleises und Entfernungs der Trümmer gesperrt sein. Der Betrieb wird eingeleistig aufrechterhalten.

Unter dem Verdachte des Versicherungsbetruges in Höhe von 300 000 M. wurden, wie wir mitteilten, der Direktor Kaczmarek der Danziger Aktiengesellschaft und der Prokurist Paul Woda verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. In dem von uns gebrochenen Bericht einer halbamtlichen Lokalcorrespondenz hieß es, daß beide ein Geständnis abgelegt hätten. In seiner Eigenschaft als Verteidiger teilt uns Herr Rechtsanwalt Dr. Roerich mit, daß das nicht der Fall ist, daß vielmehr sowohl Direktor Kaczmarek als auch Prokurist Woda die ihnen zur Last gelegten Handlungen auf das entschiedenste bestritten. Beide hoffen zuversichtlich, daß der weitere Verlauf der gerichtlichen Untersuchung ihre volle Unschuld erweisen wird.

Am dem Gedanklein für die Genossin Jick hatte, wie uns berichtet wird, geteilt für die Genossin Kemy, und Genossin Wurm für den Bezirksverband gestochen.

Ein großes Doppelsonnen der preussischen Zollbeamten. Am Mittwoch, den 4. Februar, veranstaltete die Bezirksgruppe Groß-Berlin ein großes Doppelsonnenfest, angeleitet von der Gesamtkapelle der Schutzpolizei im Kongresshaus „Glor“, Monstr. 82, verbunden mit Tanz. Zugleich wird der Beamten-Vereinsbund eine Rodendahn (Damen- und Herrenkonfession, Schwärze u. a.) veranstalten. Außerdem findet eine kostlose Verlosung von kleinen Preisen statt. Jeder Inhaber einer Eintrittskarte der Bezirksgruppe ist berechtigt, an der Verlosung teilzunehmen. Eintrittskarten zum Preise von 1 M. einschließlich Steuer sind an der Kasse ab 5 Uhr nachmittags zu haben. Beginn 7 Uhr.

Vollbildungsamt Kreuzberg. Am Donnerstag, den 5. d. M., abends 8 Uhr, findet im Friedrich-Neugymnasium, Wittenmader Straße 87, unter Mitwirkung von Rathe Echaarshmit (Richter) und W. G. Galsdorf (Gesang) ein Schubert-Schumann-Abend statt. Eintrittspreis 75 Pf., für Jugendliche 50 Pf. Karten im Vollbildungsamt Kreuzberg, Poststr. 11, und an der Abendkasse.

Schwere Explosion in Dillingen.

5 Arbeiter getötet, 17 schwer verletzt. — Auch kein Hilfswerk?

Die von uns bereits kurz gemeldete Egyptostankkatastrophe in der Dillinger Hütte stellt sich nach den letzten Nachrichten als eine sehr schwere heraus, bei der wieder einmal viele Arbeiterleben zu Schaden gekommen sind. Es sind 5 Arbeiter getötet und 17 schwer verletzt. Die Explosion, die in einem einzigen Augenblick die Benzolanlage in einen Trümmerhaufen verwandelte, ist vermutlich auf die Entzündung lagernder Ammoniaksalze, ähnlich wie bei der Oppauer Katastrophe, zurückzuführen. Verschiedene Trümmerstücke wurden 600 bis 700 Meter weit geschleudert; der Luftdruck war so stark, daß in den Häusern von Dillingen die Türen aufstiegen. Die Telegraphen- und Telefonleitungen der in der Nähe vorbeifahrenden Eisenbahn wurden ebenfalls zerstört. Außer den 5 Toten wurden 17 Arbeiter schwer verletzt. Auf den in unmittelbarer Nähe verüberführenden Gleisen hatte ein Personenzug 5 Minuten vor der Katastrophe die Unglücksstätte passiert. Von einem

Wenn man infolge Ueberarbeitung, Krankheit, Nervosität u. das Bedürfnis nach einer gründlichen Kräftigung und Auffrischung verspürt, dann versuche man das wohlchmeckende Biomalz. Es gibt wohl kein einfacheres, bequemeres und angenehmeres Mittel; keines erfreut sich einer gleich großen und uneingeschränkten Beliebtheit wie Biomalz. Neben der Hebung des Kräftegefühls tritt fast immer eine auffallende Besserung des Aussehens ein. Man fühlt sich geradezu wie verjüngt.

Man verlange nur das echte Biomalz, nichts anderes angeblich „Ebensogutes“. Achte genau auf das Etikett.



Neu: Biomalz-Bonbons, bestes Linderungsmittel bei Husten und Heiserkeit, vorzüglicher Geschmack, je Beutel 30 Pf., und Biomalz-Schokolade, je 100-Gramm-Tafel 60 Pf. Erhältlich in Apotheken, Drogenhandlungen und einschlägigen Geschäften. Preis einer Dose Biomalz 1.90 M., mit Lecithin 5 M., mit Eisen (für Blutarme und Bleichsüchtige) 2.20 M., mit Kalk extra (für Lungenleidende) 2.50 M. Druckschriften auf Wunsch umsonst und postfrei.

Geb. Patermann, Seltow-Berlin 10.

Wirtschaft

Die Getreidemärkte im Jahre 1924.

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß zurzeit der Hochsaison für Getreide gar nicht nötig ist, um die Konkurrenz von ausländischem Getreide vom deutschen Markt fernzuhalten, so würde er durch die Entwicklung der Getreidepreise am Berliner und am Weltmarkt erbracht. Seit Juli zeigen, von kleinen Abflchwägungen vorübergehender Natur abgesehen, diese Preise eine ständig nach oben gehende Richtung, wie aus der nachfolgenden Tabelle erhellt.

Berliner Preise für Getreide ab märkischen Stationen

	in Markt die Tonne, Mittelpreise Weizen Roggen	
10. Juli 1924	144	184
1. September 1924	211	178
1. November 1924	196	196
1. Dezember 1924	221	208
2. Januar 1925	237	238
23. Januar 1925	268	268

Chicago

	Cents den Bushel	
10. Juli 1924	127	98
1. September 1924	128	88
1. November 1924	140	118
1. Dezember 1924	154	134
2. Januar 1925	176	158
23. Januar 1925	198	176

(1 Cent den Bushel roh gerechnet 1,50 M. die Tonne)

Diese ständige Steigerung der Preise ist erfolgt, obwohl nach den statistischen Berichten des Internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom die Ernte des Jahres 1924 nur in ganz geringem Maße von der Ernte des Jahres 1923 und von dem Durchschnitt der Ernten 1918 bis 1922 abweicht. Diese ständige Steigerung der Preise am Weltmarkt findet ihre Erklärung in spekulativen Wochenschwüngen des New Yorker Börsen, der mit seinem gewaltigen Kapital in der Lage ist, die Preise zu beeinflussen, vor allem aber in der Tatsache, daß im Südosten und Osten Europas in Rußland und in Bulgarien die Ernten nicht in der Lage sind, den Bedarf des Landes zu decken und daß diese Länder, die sonst mit erheblichen Mengen im Angebot auf dem Weltmarkt erschienen, jetzt als Verkäufer auftreten. Auch der Osten Asiens, Japan, versuchte erhebliche Mengen Getreide in die Hand zu bekommen. Man weiß nicht, ob dies auf den durch die Erdbebencatastrophe erfolgten Schiffschlag in der Reiseroute zurückzuführen ist, oder ob diese Aufkäufe das erste Anzeichen für den Uebergang Japans von der Reis- zur Broternahrung sein wird. Die Aufkäufe Rußlands dienen weniger der Deckung eines vorhandenen Bedarfes als zur Schaffung von Reserven. Die Sowjetregierung will den Bauern, die nur zögernd zur Ablieferung ihres Getreides zu den gebotenen Preisen zu bewegen sind, zeigen, daß sie auch ohne das einheimische Getreide in der Lage ist, den Bedarf des Landes zu decken. In Deutschland selbst ist das Geschäft bei steigenden Preisen sehr minimal. Erst jetzt kommt bei den Landwirten Getreide zum Verkauf, und zwar weil die Landwirte für die Beschaffung der Saaten und Düngung etwas Geld brauchen. Man erwartet weiter höhere Preise. Der Weltmarkt scheint hier anderer Ansicht zu sein, denn von den Getreideüberschußgebieten kommt reichlich Material an den Markt. Man will dieses Material noch unterdrücken, ehe die Preise nach unten gehen. Im März kommt die indische Ernte zum Verkauf und der Stand der Saaten in den übrigen Getreide anbauenden, den Weltmarkt versorgenden Ländern löst darauf schließend, daß, wenn nicht unvorhergesehene Zufälle eintreten, auch die kommende Ernte mindestens eine Durchschnittsernte sein wird. Wenn vorübergehend in New York Preisabschwächungen eintreten, so ist dies darauf zurückzuführen, daß New York mit den argentinischen Handelsplätzen einen scharfen Kampf um die Vorherrschaft am Weltgetreidemarkt ausführt und daß dieser Kampf von New York nur deswegen bisher siegreich durchgeführt worden ist, weil der New Yorker Platz Preisunterbietungen vornimmt. Jedenfalls zeigt die ganze Lage am Weltmarkt, daß die Getreideversorgung der Welt sich in einer Desorganisation sondergleichen befindet und daß die Schutzzölle kein geeignetes Mittel sind, diese Desorganisation irgendwie zu beseitigen.

Die Reichsunterstützung der Reeder und Werften.

Die Richtlinien, die für die Kreditgewährung des Reichs an die Reeder maßgebend sind, verdienen nach der

lebhaften Kritik, die diese Aktion bei der Arbeiterschaft gefunden hat, besonderes Interesse. Die Darlehen dürfen vom Reichswirtschaftsministerium erst gewährt werden, wenn die Reeder den jeweiligen Bauvertragsentwurf mit der Berft dem Reichswirtschaftsministerium zur Genehmigung vorgelegt und dieses den Vertragsabschluß genehmigt hat. Um die Preisstellung dabei zu kontrollieren, hat die Reederlei von mehreren Werften Angebote einzuholen und vorzulegen, darunter unter Umständen das Angebot einer ausländischen Werft. Die Darlehen werden bis zu 50 Proz. des vereinbarten Baupreises gewährt und werden in Raten ausbezahlt, und zwar jeweils 50 Proz. der Baukosten, sobald diese fällig werden. Die Darlehen laufen zunächst auf 3 Jahre nach Ablieferung des fertigen Schiffes, können auf Antrag auf weitere 3 Jahre unter neu festzusetzenden Bedingungen verlängert werden und kosten:

während der Bauzeit	1 1/2 Proz. Zinsen
1. Jahr nach Ablieferung	4 " "
2. bis 3. Jahr nach Ablieferung	6 " "

jedoch Reiz 1 Proz. unter dem jeweiligen Reichsdiskont. Die Zinszahlung erfolgt nachträglich innerhalb 6 Monaten. Als Stichtag für den Stand der Tonnage, der der Verteilung zugrundeliegt, gilt der 1. Juli 1924.

Diese Richtlinien unterstreichen nur das Zweifelhafte des Dienstes, der mit der Unterstützung der Reeder der Volkswirtschaft geleistet wird. Sie müssen den Neubau von Schiffen um so mehr forcieren, als die Richtlinien weder die Zahl der Neubauten, etwa durch Beschränkung auf den erforderlichen Schiffsersatz, noch die Zahl der Jahre festlegt, für die die Unterstützungsbeträge ausreichen müssen. Dazu macht die Günst der Bedingungen, die mit den Zinsen sogar unter den englischen und amerikanischen Kapitalpreisen bleibt, die gewährten Kredite zu Prämien für die möglichst schnelle Auflage neuer Schiffe und für die möglichst langsame Umstellung der Werften auf neue Produktionszweige. Der Weltschiffsraum wird sinnlos noch weiter vermehrt, die imperialistischen Gegensätze zwischen den Völkern werden gewaltig gefördert. Der Arbeiterschaft der Werften wird nicht nur kein Dienst geleistet, sondern die Krisis der Werften wird vertagt mit der Wirkung, daß sie später nur um so unbarmherziger sich an den Werftarbeitern rächen muß. Während der Baumarkt nach Kapitalien schreit, die auch einer umgestellten Werftindustrie helfen würden, werden Reichsgelder nutzlos verschleudert. Ein böses und gefährliches Spiel.

Steigender Kapitalbedarf der Industrie.

Kausandtskredite sind in der Regel nur den größten Industriewerken erreichbar. Auch sind sie, wenn man zu den 7-8 Proz. fester Verzinsung die 3-4 Proz. Provision rechnet, die die New Yorker Vermittler nehmen, sehr teuer. Es kommt hinzu, daß nur Unternehmungen mit allerersten Bankverbindungen oder starken Auslandsbeziehungen, wie im Falle der Elektrizitätsindustrie, die Sicherheiten bereitstellen können, welche die ausländischen Kreditgeber fordern. Das führt dazu, daß die Industrie sich zunehmend im Inland nach der Befriedigung ihres Kapitalbedarfs umsieht. Wie groß dieser Bedarf ist, ergibt sich aus den beschlossenen Kapitalerhöhungen der Aktiengesellschaften im November und Dezember. Der November brachte nach der „Berliner Zeitung“ 35 Kapitalerhöhungsaufträge mit über 70 Mill. RM. Der Dezember über 100 Aufträge mit über 100 Mill. RM. Das ist eine neuerliche Steigerung gegenüber den Vormonaten des Jahres 1924 und das 3 1/2- bis 5-fache des Kapitalerhöhungsbedarfs in der Vorkriegszeit mit monatlich 20 Mill.

tionen. Wir wissen, woher diese Steigerung, die in absehbarer Zeit nicht nachlassen wird, kommt. Sie ist die Reizseite der Verbrauchsdrängung im Massenhaushalt während und nach der Inflation. Zu der gemäßigten Substanzvermehrung in der Industrie fehlt der erforderliche Umsatz. Absolute oder relative Umsatzsteigerung, letztere durch technische Produktionskostensenkung, ist also der Zweck der Kapitalerhöhungen. Die alle Förderung der Arbeiterschaft, daß mehr verbraucht werden muß, also höhere Löhne und Gehälter auf eine noch stärker zu steigende Arbeitsintensität gezahlt werden müssen, wenn die Industrie mehr produzieren und absetzen will, findet also auch hier ihre Bestätigung.

Allerdings sind die inländischen Aktionäre und Sparer nach sehr mißtraulich nach den seit 1914 gemachten Erfahrungen. Die Konjunkturalentwicklung ist auf vielen Gebieten so wenig zu übersehen, daß die früheren Aktionäre und Sparer, soweit sie allmählich wieder über Bankkonten verfügen, lieber die sicheren Bank- und Sparanleihen nehmen, als sich auf ungewisse Dividendensprechungen einzulassen. Deshalb beginnt die kapitalbedürftige Industrie amerikanische Kapitalbeschaffungsmethoden einzuführen, die sogenannten „Convertible Bonds“, für die ein allgemeinerkändlicher Name noch fehlt. Am ehesten trifft man ihr Wesen durch die Bezeichnung „Umtausch-Obligationen“. Es werden nämlich festverzinsliche Obligationen angeboten, die der Käufer der Obligationen nach freier Wahl in Aktien der betreffenden Unternehmung umtauschen kann. Zunächst hat er die jährlich zu zahlenden festen Zinsen sicher, ganz unabhängig davon, wie die Dividende ausfällt. Bringt das Unternehmen in der Dividende eine höhere Verzinsung des Kapitals als die Obligationen, so hat der Obligationenkäufer zu einem bestimmten Zeitpunkt das Recht, die Obligationen in Aktien umzutauschen. Diese Convertible Bonds haben nun drei deutsche Unternehmungen zum erstenmal in Deutschland als Kapitalbeschaffungsmittel angewandt, die Harpener Bergbau A.G., die Wobast A.G. und die Lingner-Werke A.G. Erstere zum festen Zinsfuß von 7 Proz., die letzteren zu 8 Proz. Daß die „Convertible Bonds“ in Amerika aufstamen, und zwar nicht erst neuerdings, sondern schon vor mehreren Jahrzehnten, hängt offenbar damit zusammen, daß dieses damals noch vor seinen „unbegrenzten Möglichkeiten“ stehende Land massenhaft Unternehmungen zeitigte, denen Kapital gewissermaßen nur „auf Bewährungsfuß“ anvertraut werden konnte, bis sie sich durchgesetzt hatten. Es ist immerhin interessant, daß die deutsche Industrie, deren hochhermögendes „Sozialverständnis“ seit dem Kriegszusammenbruch das Wohl der arbeitenden und sparenden Massen regelrecht mißbraucht hat, heute vom deutschen Kapitalisten und Sparer Kapital „auf Bewährungsfuß“ erbitten muß.

Deutsche Margarine- und Speisefett-Fabriken Akt.-Ges. Der Generalversammlung dieser Gesellschaft, deren Aktien sich zu 75 Proz. in den Händen des Reiches, und von den restierenden 25 Proz. sich der größte Teil sich in den Händen des Sarmat-Konzerns befindet, die ihren Besitz für ihre Kredite bei der Seehandlung hinterlegt hatte, lag gestern die Reichsmarkt-Eröffnungsbilanz zur Beschlußfassung vor. Diese sieht eine Umstellung im Verhältnis 250:1 vor. Die sehr starke Zusammenlegung ist nach den Ausführungen der Verwaltung eine Folge der überaus günstigen Lage der Margarine-Industrie. Wir haben diese vor einigen Tagen ja schon hier geschildert. Die Folge dieser ungünstigen Situation ist die Tatsache, daß das Unternehmen nicht bloß mit Verlust arbeitet, sondern auch erhebliche Kredite in Anspruch nehmen mußte und ihre Produktionskapazität nicht auszunutzen in der Lage war. Im Gegensatz zu den Ausführungen von Aktionären ist die Verwaltung der Ansicht, daß die Reichsmarkt-Eröffnungsbilanz keine stillen Reserven enthält. Für die Zukunft muß das Unternehmen zufrieden sein, wenn es in der Lage ist, auf die beschriebenen Werte die ordnungsmäßigen Abschreibungen vorzunehmen. Um die Schulden abstoßen zu können, wurde eine Kapitalerhöhung bis zu 2040000 M. genehmigt. Die neuen Aktien sollen den bisherigen Aktionären zu Paris im Verhältnis zu ihrem Aktienbesitz angeboten werden, und es soll die Erhöhung als geteilt gelten, wenn nicht bis zum 31. Dezember 1925 mindestens die Hälfte des neuen Kapitals gezeichnet ist. Auch ein Reichsunternehmen muß in der kapitalistischen Wirtschaft nach privatwirtschaftlichen Grundregeln geführt werden. Es vertritt sich nicht mit diesem Grundlag, daß ein Unternehmen, das vorerst noch täglich mit Verlust arbeitet, einen Stad von 150 Angestellten, 6 Direktoren und 170 Arbeitern beschäftigt. Es wäre jedenfalls sehr angebracht gewesen, wenn die Verwaltung dem Aktionär, der diese Zahlen konnte, entweder seine Angaben widerlegt hätte oder doch die Gründe angegeben hätte, aus denen die Beschäftigung unbedingt notwendig ist.

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN



Atlantischen Inseln

Spanien und Portugal
Azoren, Madeira, Teneriffa, Malaga, Granada (Alhambra), Sevilla, Cadix, Lissabon, Oporto

Erholungsreise mit Doppelschrauben-Passagierdampfer „MÜNCHEN“, 13408 Br.-Reg.-Tons

Fahrtdauer 24 Februar bis 24 März

Kostenlose Auskunft und Prospekt durch **NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN** und seine Vertriebsstellen

In Berlin W 81 Norddeutscher Lloyd, Kalütenbureau, Unter den Linden 1 (Hotel Adlon).
In Berlin N W 40. Generalvertretung F. Montanus, Invalidenstr. 91, zwischen Lehrter und Stettiner Bahnhof.
In Berlin W 9: Transatlantisches Reise- und Verkehrsbureau, Unter den Linden 60.
In Berlin: Weitreisebureau „Union“, Unter den Linden 22.
Nur für Frachten: Norddeutscher Lloyd, Frachtbureau Berlin, Unter den Linden 87/88.



Tomaten

Knorr-Suppen-Wurst

1 Stück = 6 Teller
feine kräftige Suppe
35 Pfg.

7 Sorten: Blumenkohl, Grünkern, Krebs, Oasen-Adwanz, Pilz, Tomaten, Spargel.

Versuchen Sie die hervorragende neue;



Aus Dr. Unblutigs Praxis.

Ausscheiden! Fortsetzung folgt!

Dr. Unblutig teilt die Fimblia Madalaine Pedemadets ohnmächtig und ihren Operation, der die unglückliche Höhrneraugen-Operation versucht hat, im Zustande so tiefer Verzweiflung an, daß seine sonst so sorgfältig gepflegte Frisur, Mode 1918, einem Stachelkaktus gleicht. Nachdem er die Wunde gründlich desinfiziert hat und die Dame aus ihrer 6,50 m tiefen Ohnmacht erwacht ist, wobei Dr. Unblutig konstatiert, daß ihre Klappernaugen fast ebenso heilig brennen, wie ihre Höhrneraugen sie selbst gequält haben mögen, verordnet er zunächst ein Kukirol-Fußbad. Das erweicht alle Höhrneraugen und alle Hornhaut, kühlt Nerven und Sehnen, erhöht die Blutzirkulation, verhindert Fußschweiß und damit auch Brennen, Wundlaufen und Entzündungen, und man kann es schon mit nur 30 Pfennig Kosten versuchen, wenn man die einfache Packung verlangt. Die doppelte kostet 60 Pfennig. Nachdem die Wunde verbunden ist, appliziert Dr. Unblutig auf alle anderen Höhrneraugen das millionenfach bewährte Kukirol-Höhrneraugen-Pflaster, das sie in wenigen Tagen ohne Entzündung und ganz sanft und schmerzlos entfernen wird, und verordnet, abends das Kukirol-Fußbad zu benutzen, morgens aber den Kukirol-Streupuder, der die Haut glätt und weich macht, Schuhe und Strümpfe desinfiziert und keinen Schweißgeruch mehr aufnehmen läßt.

Kukirolen Sie!

sagt er, pflegen Sie Ihre Füße planmäßig und zweckmäßig. Verwenden Sie nie mehr Fußbäder, die Chromsäure enthalten. Sie bestigen zwar den Schweißgeruch, aber nicht ungeschädlich, wie das Kukirol-Fußbad, sondern dadurch, daß sie die Schweißdrüsen überhaupt zerstören. Verlangen Sie deshalb unbedingt nur die echten Kukirol-Präparate, kennzeichnend an der Schutzmarke: „Hänenkopf mit Fuß“.

Eine ganze Kukirol-Kur kostet nur 3 Mark. Wenn Sie das tun, so könnten Sie ungeniert Ihre wirklich schonen Füßchen mir zur Behandlung vorlegen, wenn das dann überhaupt noch nötig wäre, und brauchen sich nicht die Höhrneraugen nach der veralteten Mode durch einen Höhrneraugen-Operateur operieren zu lassen.

Unsere, unter ärztlicher Leitung stehende wissenschaftliche Abteilung erteilt gegen Rückporto kostenlos Rat und Auskunft über alle die Fußpflege und Fußleiden betreffenden Fragen. Außerdem senden wir Ihnen auf Verlangen eine lehrreiche Druckschrift über die Notwendigkeit der Fußpflege.

Kukirol-Fabrik Groß-Salze-Wilbei Magdeburg.

Der Nordsee-Einbruch vor hundert Jahren

Zum Gedenken der Sturmflut am 3. Februar 1825.
Von Anton Jensen.

In den letzten Wochen sind die Meere wieder allenthalben von schweren Stürmen heimgesucht worden. Besonders auf der Nordsee hat sich gar häufig arges Unheil abgespielt. So manches Handels- und Fischerfahrzeug ist ein Opfer des wild rasenden Elements geworden, Menschenleben und Sachgüter verlor in den unaufhörlich tobenden Fluten der See. Auch die der Küste vorgelagerten Inseln sind von Schäden nicht verschont geblieben, und hier und dort wurde auch ein auf den weiten, außerhalb der Deiche gelegenen Wiesen wendendes Stück Vieh von den überraschend vordringenden Ausläufern des „blanken Hans“ erfaßt und ins Verderben gezogen. Die im Schutz der Deiche gelegenen Marschdörfer trotzten freilich heute der Gefahr. Sie fühlten sich sicher, auch dann, wenn gelegentlich die Bischsprüger auch einmal die Kuppe des Deiches näßen. Nicht immer ist es so gewesen. Dämme und Deiche in ihrer heutigen Zuverlässigkeit sind eine Errungenschaft der neueren Zeit. In den vergangenen Jahrhunderten traten die Wasser der im Winter stets unbegleiteten See gar nicht so selten in die stillen Bezirke der Menschen ein und richteten dort auf weite Strecken hinwärtigen namenloses Unheil an.

Hundert Jahre sind in diesen Februartagen verlossen, seit die Nordseeküste zum letztenmal von einer verheerenden Ueberschwemmungstafelstrophe heimgesucht wurde. Mehr als 800 Menschen sind damals in dem Bäume entwurzelnenden, Häuser niederreißenden Element umgekommen und nicht weniger groß war der Sachschaden, war die Vernichtung der Zukunftshoffnungen, die in jenen Tagen und Nächten grauam zerstört wurden. Gegen 30 000 Pferde, Rinder, Schafe und Ziegen erkrankten, und annähernd 3000 Wohn- und Wirtschaftsgebäude blieben zerstört auf der verwüsteten Strecke.

Wie immer bei Nordseewassersnöten, vorher und nachher, so hatte es auch damals mit wilden Stürmen, mit Schiffbruchs-Hubschreien, mit Wüsten und allen den Küstenbewohnern bekannnten Anzeichen drohenden Unheils begonnen. Und doch glaubte man an dem regnerischen Vormittag des 3. Februar 1825 keineswegs an eine besonders drohende Gefahr. Gewiß, die Flutzeit wurde infolge des Sturmes ein wenig näher herangezogen, der fällige Spätpunkt war fast eine Stunde früher erreicht als sonst; doch das war auch bei früheren Stürmen schon geschehen, ohne daß sich daran irgendwelche für Leben und Habe der Küstenbewohner verheerenden Folgen geknüpft hätten. Nicht sonderlich beunruhigt ging man also in den Dörfern an der deutschen wie der benachbarten holländischen Küste zur Nachtruhe. Und fast scheint es, als hätten die Wasser nur auf diese Stunde gewartet, als hätten sie die Menschen erst in die Sicherheit des Schlafes wiegen wollen, um sie dann um so überraschender zu überfallen, sie um so nachhaltiger schädigen zu können. In ganz kurzer Frist stand das Wasser in Deichhöhe, um vorläufig nicht mehr zu sinken. Vier Stunden lang! Die Folge war, daß es den rasenden Wellen gelang, an verschiedenen Stellen den Deichrücken zu zernagen, tiefe Durchschnitte zu reißen und daß sich dann unter Hinterschwingung der Erdmassen die Fluten schäumend und tobend in die Befestigung der sehr verzweifelten um Hilfe schreienden Menschen ergossen.

In entsetzlicher Not geriet die aufgeschreckte Bevölkerung. So schnell man konnte, stürzte man auf Bäume und Dächer. Nur mit einem Hemd oder sonstigem in aller Eile schnell zusammengegriffenen Zeug bekleidet, harrte man dort oben des sich vollziehenden Schicksals: Stunde um Stunde. Glücklich war, wer ein festes festes Haus sein Eigen nannte, so daß er hoffen konnte, von dem ununterbrochen andringenden schäumenden und nagenden Wasser nicht überwälzt zu werden. Noch glücklicher, wer ein festes Schloß oder eine gut gebaute Kirche in Eile und Not erreicht hatte. Schlimm aber waren alle die vielen daran, die auf schwankend, elend hergestellten, durch den Zahn der Zeit längst müde und unzuverlässig gewordenen Haus oder Viehstall dem Unheil ausweichen mußten. Sie sahen, wie ein Gebäude nach dem anderen zusammenstürzte und die Nachbarn im unaufrührlich strömenden Regen in den Wassern und unter den Trümmern ihrer Häuser begraben wurden, wie das verzweifelt

brüllende Vieh erlantz. Am bejammernswertesten aber war die Lage für so manchen Kranken, für so manche liebe Familiengenossen, die man angesichts der großen Not, des eigenen Lebens gedenkend, auf die eigene Rettung bedacht, ihrem Schicksal überlassen mußte. Aus den uns überkommenen schriftlichen Berichten von Zeitgenossen jener Tage geht hervor, was für herzzerreißende Episoden sich in jener Nacht vom 3. auf den 4. Februar abgespielt haben, wie sich die Menschen, gleich Schiffbrüchigen, an umhergeschwimmenden Planken und umgeknickten Baumstämmen festklammerten, und wie sie in vielen Fällen doch eine Beute der Elemente wurden. Wie ander-

Gustav der Verschliffene.



Luther am 30. Januar 1925:
„Die Richtlinien der deutschen Politik bestimme ich!“

wärts wieder Hausdächer und Erdbügel mit jammernden und nach Hilfe Ausschau haltenden Männern, Frauen und Kindern dicht besetzt waren. Gewiß wurden in den engeren liegenden unbesiedelten Städten und Dörfern Rettungsaktionen veranstaltet. Mit Räthen versuchte man sich den Bedrängten zu nähern, sie aufzunehmen, zu retten. Doch nur in den wenigsten Fällen gelang die Hilfe. Die der See am nächsten Wohnenden hatten mit Rettungsversuchen von auswärts kaum zu rechnen. Sie mußten aushalten, bis sich am Spätnachmittag des 4. Februar der Wind gedreht hatte und die ins Land eingebrachten Wassermengen nach und nach wieder abfließen. Jetzt hielten auch sie von ihren Dächern, Bäumen oder Hügeln herab, um landeinwärts zu flüchten. War man doch für den Augenblick so hoffnungslos, entmutigt und angegriffen der ungeheuren, nie geahnten Ereignisse derart verlor, daß man nur den einen Gedanken der Rettung ins Binnenland konnte.

Mancher von ihnen ist fortgeblieben; die meisten aber kehrten zurück, machten im Schweiße ihres Angesichts ihre alte, zerrwühlte, mit Sand und Schlut bedeckte Heimat wieder urbar und lebten in Zukunft wieder dort, wo ihnen die Nacht des benachbarten Ele-

ments so erbarmungslos hart mitgespielt hatte. Die Liebe zur Scholle — und hatte diese sich auch noch so undanbar gezeigt — siegte. Die Obrigkeit aber griff jetzt nachdrücklich ein: Die Befestigung der Deiche in, einem den neuzeitlichen Anforderungen entsprechenden Sinn wurde an der ganzen Nordseeküste eingeleitet. Denn es ist nach den Berichten der Chronisten leider nicht von der Hand zu weisen, daß die Bewohner der Küstendörfer für den Deichbau vor Zeiten wenig Zeit und Lust übrig gehabt hatten. Mit Gleichgültigkeit und Fatalismus hatte man die Dinge hingenommen. Da, hier und dort hat noch der Überglaube mitgesprochen, gegen das Meer sei mit Erfolg nichts zu unternehmen, es geschehe doch alles nach dem Willen eines Höheren. Mit dergleichen Ansichten und Tröstungen hatte man ernsthaftere Maßnahmen gegen drohende Gefahren unterlassen, obwohl man aus der Ueberlieferung wußte, daß sich auch schon in früheren Zeiten mehrfach gigantische Wasserstafstropfen an der deutschen Küste vollzogen hatten, die jedesmal gewaltige Menschenopfer gefordert hatten, sogar in noch weit größerem Umfang als bei dem Unglück vor hundert Jahren. Hatte doch der große Wasserbruch vom Dezember 1717 sogar gegen 7000 Menschenopfer gefordert!

Während sich früher mit unheimlicher Regelmäßigkeit fast alle hundert Jahre eine Sturmflut ins Land ergoß, die Deiche zerstörte und weite Landstriche für immer verschlang, weiß man heute, daß der Mensch bei genügender Aufmerksamkeit auch dem heulenden, wild anstürmenden Element des Meeres Trotz bieten und größeren Unglück bis zu einem gewissen Grade vorbeugen kann. Der Schaden, der in den Tagen und Nächten des 3. und 4. Februar 1825 in den überschwemmten Bezirken angerichtet worden war, hatte sich auf nicht weniger als rund 16 Millionen Taler beziffert. Die letztere größere Flut im Bereich der deutschen Nordsee ereignete sich im Januar 1858. Sie brachte dem Westende der Insel Wangeroog den Untergang, steht aber in gar keinem Vergleich zu dem Unheil, das sich vor einem Jahrhundert ereignete und von dem die Volkserlieferung heute noch mancherlei Einzelheiten zu erzählen weiß.

Gefälschte Gerüche.

Es wird verschiedentlich Waren ein Aroma künstlich beigelegt, durch das sie wertvoller erscheinen sollen. So besitzen z. B. die Chinesen ein Geheimverfahren, um das Aroma des Tees zu fälschen. Schlechte Teesorten besitzen nicht den jenen erfrischenden Duft der jungen Blätter, aus denen der beste chinesische Tee bereitet wird, aber die Söhne des Himmels helfen diesem Mangel ab, indem sie die schlechteren Teesorten mit winzigen Teilchen von Jasminblättern versehen und so einen ganz ähnlichen Geruch hervorgerufen. Das Aroma einer berühmten sehr teuren Teesorte erinnert an den Geruch von Pfirsichen. Diese Teesorte ist besonders in Amerika sehr begehrt, aber wegen des hohen Preises wird sie nur wenig gekauft, und um nun den schlechteren Arten den Anschein dieser Lieblingsorte zu geben, wird dem Tee von amerikanischen Händlern ein feiner Pfirsichgeruch beigelegt. Auch das Aroma der Havana-Zigarre wird gefälscht. Man verfertigt Zigarren, die das Aussehen der teuren Importen haben, aus gewöhnlichen Tabakblättern, fügt nur ein Havannablatt hinzu und sorgt dann für das Aroma und den Geruch der echten Havanna-Zigarre, indem man die Füllung in eine flüchtige Flüssigkeit taucht, die einen Extrakt aus echtem Havanna-Tabak enthält. Der beste und feinste Whisky hat einen ganz besonderen Geschmack und Geruch, der von Kennern sehr geschätzt wird. Gewissenlose Fabrikanten geben schlechtem Whisky diesen charakteristischen Geschmack und Geruch, indem sie etwas Kreosot hinzusetzen. Wie eine englische Zeitschrift anführt, wird sogar der Geruch von Stoffen gefälscht. Es handelt sich dabei um das berühmte Donegal-Tuch, das von den irischen Bauern gesponnen wird. Das echte Fabrikat wird in den niedrigen und stickigen Räumen der Bauernhütten hergestellt, in denen ein bider Torfrauch liegt. Dadurch erhält das Tuch einen ganz bestimmten Geruch, an dem man das echte Fabrikat erkennt. Um auch den nachgemachten Donegal-Tuchen dieses Merkmal zu verleihen, werden die Ballen mit einer bestimmten Lösung besprengt, die das Geheimnis einiger englischer Tuchfabrikanten ist, und dann riecht das falsche Donegal-Tuch genau so wie das echte.

Mauki.

Von Jack London.*)

Er mochte hundertundzwei Pfund. Sein Haar war braun und negerartig, und er war schwarz. Weder blauschwarz, noch purpurschwarz, sondern pflaumenschwarz. Er hieß Mauki und war der Sohn eines Häuptlings. Er hatte drei Lambos. Lambos ist das malonesische Wort für Tabu und diesem polynesischen Worte am nächsten verwandt. Maukis drei Lambos waren folgende: Erstens durfte er nie einer Frau die Hand drücken, noch durfte die Hand einer Frau ihn oder etwas, was ihm gehörte, berühren; zweitens durfte er nie Muscheln oder eine Nahrung essen, die auf einem Feuer zubereitet war, über dem man Muscheln gekocht hatte; drittens durfte er nie ein Krokodil berühren oder in einem Kanu fahren, an dem sich irgendein Teil eines Krokodils befand, und wenn er auch nur so groß wie ein Zahn gewesen wäre.

Von einem anderen Schwarz waren seine Zähne, nämlich tief-schwarz oder eher rufschwarz. So hatte seine Mutter sie in einer einzigen Nacht gemacht, indem sie einen Umschlag von einem zerstoßenen Mineral darauf gelegt hatte, das in einer Grube hinter Port Adams gefunden wurde. Port Adams ist ein Fischerdorf auf Malaita, und Malaita ist die wildeste der Salomonen, so wild, daß weder Händler noch Planzer je seinen Fuß auf ihr gesetzt haben, während seit der Zeit der ersten Treppensicher und Sandelholz-händler bis zu den letzten, mit Maschinengewehren und Gasolinmotoren ausgerüsteten Arbeiterwerbenden Schwärzen weißer Abenteurer mit Tomahawk und abgeplatteten Silberfingern ausgerottet worden sind. Auch heute noch, im zwanzigsten Jahrhundert, ist Malaita das Jagdgebiet der Arbeiterwerber, die seine Küsten abfischen, um Leute zur Arbeit auf den Plantagen der benachbarten zivilisierten Inseln gegen einen Arbeitslohn von dreißig Dollar jährlich zu bringen. Die Eingeborenen dieser zivilisierten Nachbarinseln sind selbst schon zu zivilisiert, um auf den Plantagen zu arbeiten.

Maukis Ohren waren durchbohrt, nicht an einer oder zwei, sondern an mindestens einem Duzend Stellen. In einem der kleinsten Löcher trug er eine Tonpfote. Die größeren Löcher waren dafür zu groß, der Pfeifenkopf wäre hindurchgefallen. In den größten Löchern trug er runde Holzstöcke von vier Zoll im Durchmesser. Der Umkreis besagter Löcher betrug rund zwölf und einen halben Zoll. Maukis Geschmack war außerordentlich umfassend. In den verschiedenen kleineren Löchern trug er Dinge, wie leere

Patronenhüllen, Hühner, Kupferschrauben, Bandenden, geflochtenes Tauwerk, grüne Blattstücke und, wenn es kühl war, rote Malvenblüten. Woraus zu ersehen ist, daß Tschögen zu seinem Wohlbehinden nicht nötig waren. Im übrigen waren sie unnötig, denn sein einziges Kleidungsstück bestand aus einem einige Zoll breiten Stück Kasika. Ein Taschenmesser trug er im Haar, die Klinge über einer krausen Locke zusammengeklappt. Sein wertvollster Besitz war der Henkel einer Parzellantasse, den er an einem Schildpattring aufhängte, der seinerseits wieder durch den Nasentriepel gezogen war.

Aber trotz dieser Verschönerungen hatte Mauki ein nettes Gesicht. Es war wirklich, von jedem Standpunkt aus, ein hübsches Gesicht, und für einen Melanesier sogar ein bemerkenswert gut aussehendes Gesicht. Der einzige Fehler dieses Gesichts war sein Mangel an Strenge. Es war weiblich, fast beinahe mädchenhaft. Die Züge waren klein, regelmäßig und fein. Rinn und Mund waren weich. Es lag weder Strenge noch Charakter in Kiefern, Stirn und Nase. Nur in den Augen konnte man eine Spur der unbekanntesten Eigenschaften entdecken, die einen großen Teil seiner Persönlichkeit ausmachten, die aber andere Menschen nicht verstehen konnten.

Maukis Vater war Häuptling über ein Dorf auf Port Adams, und so war Mauki, ein Salzwassermensch von Geburt, ein halbes Amphibium. Er kannte das Leben der Fische und Krustern, und das Riff war ein offenes Buch für ihn. Auch mit Kanus wußte er Bescheid. Er lernte schwimmen, als er ein Jahr alt war. Mit sieben Jahren konnte er eine volle Minute lang den Atem anhalten und durch dreißig Fuß Wasser bis auf den Grund tauchen. Und mit sieben Jahren wurde er von den Buschleuten gestohlen, die nicht schwimmen können und Furcht vor dem Salzwasser haben. Seitdem sah Mauki das Meer nur aus der Ferne durch Wäldungen im Busch dicht und von freien Stellen in den hohen Bergen. Er wurde der Sklave des alten Janfoa, des obersten Häuptlings einer Reihe verstreuter Buschhüter am Rande der Bergkette von Malaita, deren Rauch an ruhigen Morgen für weiße Seefahrer ungefähr das einzige Zeichen von der zahlreichen Bevölkerung im Innern des Landes ist. Denn die Weißen dringen nicht in Malaita ein. Sie haben es einst versucht, als sie nach Gold forschten, immer aber wurden ihre Köpfe aufgespießt, um von den rauchigen Dachsparren der Buschleute herabzugrinsen.

Als Mauki ein junger Mann von sechzehn Jahren war, ging Janfoa der Tabak aus. Es war kein Tabak mehr aufzutreiben. Es waren harte Zeiten für alle seine Dörfer. Er war das Opfer eines Irrtums geworden. Suo war ein Hafen, so klein, daß ein Schoner nicht in ihm anker konnte. Er war von Mangrovebäumen umgeben, die ihre Zweige über das tiefe Wasser hängen ließen. Es war eine Falle, und in diese Falle fuhren zwei weiße Männer in einer kleinen Yacht. Sie suchten Arbeiter, und sie hatten viel Tabak und Tauschwaren, gar nicht zu reden von drei Flinten und einer Menge Ration. Nun wohnten bei Sui keine Salzwasserleute, und so konnten die Buschleute bis ans Wasser heruntersommen. Die Yacht machte glänzende Geschäfte. Sie warb am ersten Tage zwanzig

Arbeiter. Selbst der alte Janfoa ließ sich einschreiben. Und am selben Tage schmitt der neue Arbeitertrupp den beiden weißen Männern die Köpfe ab, tötete die Bootsmannschaft und verbrannte die Yacht. Nun gab es die nächsten drei Monate in allen Buschdörfern Tabak und Waren in Hülle und Fülle. Dann kam ein Kriegessturm, das Granaten meilenweit ins Land schleuderte und die erschrockene Bevölkerung tief in den Busch hinein trieb. Darauf schickte das Kriegeschiff Landungsabteilungen. Alle Dörfer wurden verbrannt mit Tabak und Tauschwaren. Kokos- und Bananenbäume wurden gefällt, Gartengärten zerstört und Schweine und Hühner geschlachtet.

Janfoa erhielt eine Lehre, aber inzwischen war ihm der Tabak ausgegangen. Und seine jungen Leute hatten zu große Furcht bekommen, sich auf Werbeschiffen einschreiben zu lassen. Deshalb besaß Janfoa, seinen Sklaven Mauki hinterzuschicken und einschreiben zu lassen. Er wollte eine halbe Kiste Tabak, außerdem Messer, Seile, Rakete und Glasperlen haben, die Mauki mit seiner Arbeit auf den Plantagen bezahlen sollte. Mauki war sehr erschrocken, als man ihn an Bord des Schoners brachte. Er kam sich vor wie ein Lamm, das zur Schlachtkamp geführt wird. Weiße Männer waren wilde Geschöpfe. Sie mußten es sein, sonst konnten sie sich nicht die Küste von Malaita entlang wagen und in alle Höfen dringen, nur zwei Kanu stark, mit zwanzig Schwarzen als Befahrung und sechzig schwarzen geborenen Arbeitern an Bord. Zudem bestand immer die Gefahr, daß die Küstenbevölkerung den Schonern überfiel und die ganze Befahrung niedermachte. Wirklich, weiße Männer mußten furchtbar sein. Außerdem bejagten sie solche Teufelsflinten, die sehr schnell und oft hintereinander schossen, Dinge aus Eisen und Messing, die die Schonern antrieben, auch wenn kein Wind war, und Masten, die gerade so lachten und sprachen wie ein Mensch. Ja, er hatte von einem weißen Manne gehört, dessen besonderer Teufel so mächtig war, daß er nach Verleben die Zähne aus dem Munde nehmen und wieder einsetzen konnte.

Mauki wurde in die Kajüte gebracht. Auf Deck hielt der eine Weiße mit zwei Revolvern im Gürtel Wache. Unten sah der andere weiße Mann mit einem Buch vor sich, in das er seltsame Zeichen und Linien schrieb. Er betrachtete Mauki, als sei dieser ein Schwein oder ein Vogel, guckte ihm unter die Achselhöhlen und schrieb in sein Buch. Dann hielt er ihm den Schreibstift hin, und kaum hatte Mauki ihn mit der Hand berührt, als er sich auch schon zu dreißigjähriger Arbeit auf den Plantagen der Malteser-Säulen-Gesellschaft verpflichtet hatte. Es wurde ihm nicht erklärt, daß die wilden weißen Männer nötigenfalls seine Verpflichtung erzwingen konnten, und daß zu diesem Zwecke die ganze Nacht und alle Kriegeschiffe Großbritanniens hinter ihnen standen.

Es waren noch andere Schwarze aus fernem Gegend, von denen er nie gehört hatte, ein Bord, und als der weiße Mann mit ihnen geiprochen hatte, rissen sie die lange Feder aus Maukis Haar, schoren besagtes Haar kurz und banden ihm ein Lada-Lada aus dikem gelbem Kofko um den Hals.

(Fortsetzung folgt)

*) Im Goldendaischen Verlag, Berlin, sind soeben zwei Bände Erzählungen und Skizzen von Jack London in deutscher Uebersetzung erschienen: „Südiegezeiten“ und „Abenteuer des Schienenstranges“. Sie enthalten das Beste, was der berühmte, leider zu früh verstarbene amerikanische Abenteurer und Schilderer geschrieben hat. Mit Genehmigung des Verlegers entnehmen wir den „Südiegezeiten“ dieses ergötzliche Anekdoten- und Lebensbild.

